



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

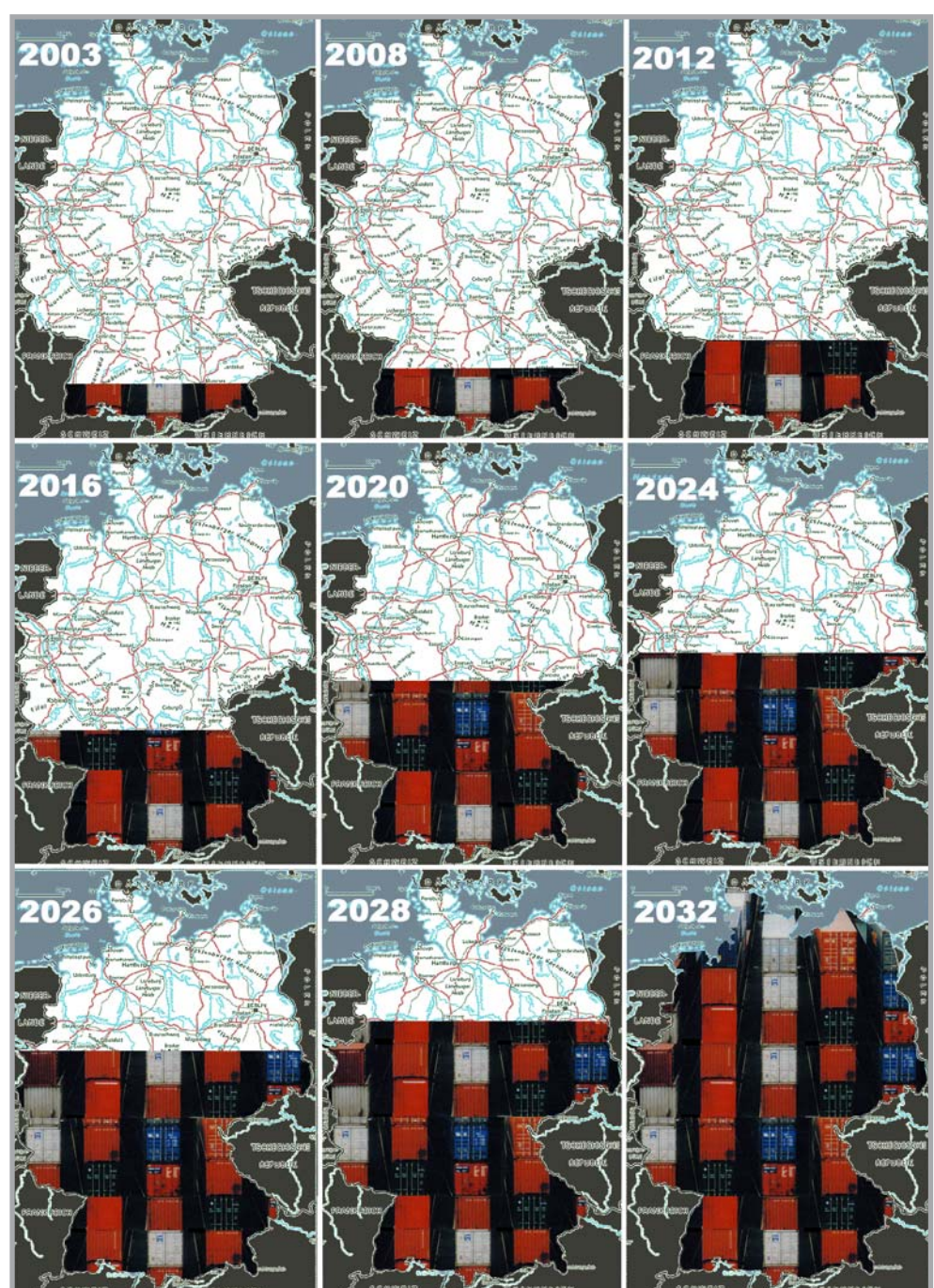
Gegenwind 205

Wilhelmshaven

Januar / Februar 2005

Grenzenloses Wachstum

Mit Statistiken setzen Politik und Wirtschaft ihre Interessen durch. Dabei handelt es sich meist um Wunschträume - Seite 12 -



Statistiken

Hartz IV und Arbeitslosengeld II sind in Kraft. Eine neue Zeit hat für viele begonnen. Lesen Sie auf Seite 2 unser Gespräch mit der ALI und auf Seite 3, wie der Oberbürgermeister bei den Arbeitslosen ankommt.

Sind Lehrer faule Säcke? Dieser Eindruck wurde jedenfalls von der Presse vermittelt, als es um die Ganztagschule in Sande ging. Lesen Sie dazu die Seite 4.

Die Beschäftigten der Firma "Neue Torde Möbel" kämpfen um ihren Arbeitsplatz - ihr Arbeitskampf fand bundesweit Beachtung. Auf Seite 5 finden Sie unser Gespräch mit einem Torde-Mitarbeiter, der dieses entwürdigende Spiel nun schon zum dritten Mal mitmachen muss.

Ist das Trinkfachgeschäft RIZZ in Siebthsburg in Gefahr? Auf Seite 6 erfahren Sie, warum es in Wilhelmshaven in Kürze vielleicht kein 'Betreutes Trinken' mehr geben wird.

Sind Burschenschaften eigentlich harmlose Studentenverbindungen? Oder steckt da mehr hinter? Auf Seite 8 versuchen wir, diesen Fragen nachzugehen.

Wie Onlineforen die klassische Erziehungsberatung ergänzen können, schildern wir auf Seite 9.

Die WEB hat eine 100%ige Tochter, die WEL und eine 51%ige Tochter, die AWG. Die AWG gehört zu 49% der GMA. Was hinter diesem Abkürzungswirwar steckt, versuchen wir in unserem Artikel "Lohndumping" auf Seite 10 zu beleuchten.

Die Abschiebungsmaschinerie der Bundesrepublik schlägt mal wieder zu. Wie Behörden mit den Nöten von Asylbewerbern umgehen, versuchen wir Ihnen auf Seite 11 näher zu bringen.

Auf Seite 12 gibt es dann eine kleine Geschichte über den Umgang mit Statistiken.

In dieser Ausgabe fehlt der Platz für weitere wichtige und interessante Berichte und Meldungen u.a zu Hartz IV. Doch wir bleiben natürlich dran!

Eine neue Zeit

Seit dem 1. Januar ist "Hartz IV" Gesetz. Das ist für unzählige Menschen ein tiefer Einschnitt. Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe - wie dieser Sozialabbau beschönigend genannt wird - ist nun vollzogen. Leute, die bis Silvester von ihrer Arbeitslosenhilfe, die sich redlich verdient hatten, für die sie lange gearbeitet und Beiträge bezahlt hatten, noch einigermaßen leben konnten, sind ab Neujahr arm. Von denen, die angeblich durch die neue Leistung "Arbeitslosengeld II" besser dran sind als vorher, glauben viele das im Moment auch noch, weil sie für Januar mehr Geld bekommen haben als früher pro Monat. Sie werden erst im Lauf der nächsten Monate merken, dass auch sie nicht besser, eher noch schlechter dran sind als bisher.

Nicht nachvollziehbar

Gespräch mit Werner Ahrens über die Beratungstätigkeit der ALI seit Hartz IV und die Zukunft der Arbeitsloseninitiative

(ub/noa) Am 10. Januar gab es nach einer Weihnachtspause wieder eine Montagsdemo. Erstmals nahmen MitarbeiterInnen der Firma Torde teil und wurden mit Beifall begrüßt. Nachdem die Teilnehmerzahl der Montagsdemos bis zum Ende des Jahres langsam, aber stetig gesunken war, waren nun wieder 80 bis 85 Leute dabei. Das offene Mikrofon wurde eifrig genutzt. TeilnehmerInnen stellten fest, dass der Protest gegen Hartz IV, der ihrer Meinung nach ungebrochen weitergeht, bundesweit von den Medien verschwiegen wird. Die Demonstration war uns Anlass, am nächsten Tag mit Werner Ahrens von der Arbeitsloseninitiative über die geänderte Situation seit der Gültigkeit von Hartz IV zu sprechen.

Die Montagsdemonstrationen gehen weiter. Waren sie nicht nur bis Ende 2004 geplant?
Nein. Es war klar, dass die Leute, die unter Hartz IV fallen, die Probleme damit erst in diesem Jahr bekommen.

Wie geht es mit euch weiter? Die WZ berichtete Ende letzten Jahres, ihr geht "mit dem Messer im Rücken" ins neue Jahr.

So gravierend ist es noch nicht. Wir bleiben! Und wir machen weiter, solange wir können, solange wir Geld haben.

Bist du noch angestellt, oder machst du die Beratung jetzt ehrenamtlich?

Ich bin angestellt, allerdings mit reduzierter Arbeitszeit. Statt einer vollen Stelle habe ich jetzt noch 28 Stunden. Das wird auf jeden Fall noch drei oder vier, vielleicht auch fünf oder sechs Monate gehen - je nach Spendenaufkommen und Mitgliederentwicklung. *Das heißt, es ist noch etwas Geld da, und ihr hofft auf mehr?*

Ja. Wir machen die Beratung an vier Orten im gewohnten Umfang weiter. Die Beratung in Schortens und Bockhorn ist weggefallen. In Varel und Jever machen wir weiter, weil das auch AA- und ARGE-Standorte sind; in Sande machen wir weiter, weil das im Landkreis Friesland ziemlich zentral liegt. Und in Wilhelmshaven sowieso.

Was war seit Beginn des Jahres bisher bei euch los? Wie viele Beratungstermine waren schon?

Bisher waren zwei Termine in Wilhelmshaven, und es waren 48 Ratsuchende da. Das waren mehr als sonst. Die meisten kamen wegen Alg II. Ich habe bisher nur einen einzigen Alg II-Bescheid gesehen, der richtig und nachvollziehbar war. Alle anderen waren nicht unbedingt falsch, aber doch jedenfalls nicht nachvollziehbar. Es gibt in diesen Bescheiden Reduzierungen gegenüber dem, was im Antrag stand, die nicht erklärt oder begründet werden.

Wir haben von mehreren Leuten gehört, dass ihnen damals, als sie den Antrag abgegeben haben, bei der Agentur für Arbeit gesagt wurde, ihre Miete würde voll bezahlt, aber jetzt im Bescheid stellt sich heraus,

dass da Kürzungen vorgenommen wurden.

Ja, nach spätestens 6 Monaten werden eh nur noch die "angemessenen" Unterkunfts-kosten - 258 Euro für eine allein lebende Person in Wilhelmshaven - bezahlt. Auch in Wilhelmshaven haben zahlreiche Alg II-Empfänger ein Schreiben bekommen, in dem sie aufgefordert werden, ihre Miethöhe zu senken - durch Verhandlungen mit dem Vermieter, durch Untervermietung oder wie auch immer. *Neulich wurde ja bekannt, dass im Bundesland Brandenburg jeder Dritte "zu teuer" wohnt - wie ist das hier?*

Das können wir noch nicht abschätzen. Wir haben heute den 11. Tag der Gültigkeit von Hartz IV, da kann das noch nicht ge-grieffen haben. Das stellen wir dann im März fest. Viele Bewilligungsbescheide wurden nur für drei Monate ausgestellt. Da wird dann die volle Miete eventuell zunächst mal noch gezahlt, aber nach drei Monaten muss ein neuer Antrag gestellt werden, und dann geht es vielleicht los mit den Umzügen.

Was passiert nun im Fall von nicht nachvollziehbaren Anträgen? Man muss erst Widerspruch einlegen, und wenn der abgelehnt werden, klagen?

Es gibt noch eine dritte Möglichkeit: Man kann den Ombudsrat anrufen. Es wurde ja eine Stelle mit drei Ombudslauten eingerichtet. Das sind Kurt Biedenkopf, Christiane Bergmann und Hermann Rappe, und man kann ihnen schreiben (Postfach 040140 in 10061 Berlin) oder montags bis donnerstags zwischen 9 und 17 Uhr und freitags von 9 bis 15 Uhr dort anrufen (0800-4400550).

Eine Stelle mit drei Leuten für die ganze Republik?! - Was rätst du den Leuten, die ihren Bescheid nicht verstehen?

Sie sollen herkommen. Wir sehen uns den Bescheid gemeinsam an, und wenn ein Widerspruch sinnvoll erscheint, dann raten wir dazu.

Und wenn der Widerspruch abgelehnt wird, ist der nächste Schritt dann die Klage beim Sozialgericht? Kostet das etwas?

Nein, eine Klage beim Sozialgericht ist kostenfrei. Sie kann kostenpflichtig sein, dann

nämlich, wenn keine Aussicht darauf besteht, sie zu gewinnen. Wenn einem das Sozialgericht das mitteilt, kann man die Klage ja immer noch zurückziehen.

Wie viele Widersprüche haben Ratsuchende mit dir in diesen paar Tagen schon gemacht?
Neununddreißig.

Da ist ja gut was los! - Was habt ihr für Erfahrungen mit 1-Euro-Jobs?

Bisher waren die ja freiwillig. Erst jetzt seit dem 1.1. können Erwerbslose auch gegen ihren Willen eingesetzt werden. Unsere Befürchtung hier ist, dass diese "Arbeitsgelegenheiten" ausgenutzt werden zur Lohnsenkung. Für die Betroffenen ist so ein 1-Euro-Job ja eine Zubrot, eine Möglichkeit, für eine gewissen Zeit die Haushaltskasse etwas aufzubessern, aber tatsächlich ist es Ausbeutung. Die Leute haben befristet ein paar Euro mehr, und sie fallen aus der Arbeitslosenstatistik.

Befristet?

Eine Person darf so eine Arbeitsgelegenheit sechs Monate, in Ausnahmefällen höchstens ein Jahr haben.

Fällt das Geld unter die Nebenverdienstregelung, wonach man nur 15 % davon behalten darf, oder...

Nein, das darf man ganz behalten. Es gilt ja nicht als Lohn, sondern als Aufwandsentschädigung. Die wird auch nur bei Anwesenheit bezahlt. Wird man krank, bekommt man nichts, und es gibt auch keinen bezahlten Urlaub. Wir machen uns nun Sorgen, dass das Konzept ausgeweitet wird, so dass nicht nur gemeinnützige Einrichtungen, sondern auch die Privatwirtschaft das nutzen können. Der DIHT hat schon gefordert, dass Industriebetriebe für eine "Leihgebühr" von drei bis vier Euro pro Stunde, die sie an die Arbeits-Agentur bezahlen, 1-Euro-Kräfte bekommen sollen. Das wäre eine fatale Entwicklung, durch die Arbeitsplätze vernichtet würden.

Gibt es Handreichungen und Tipps für Hartz IV-Betroffene?

Während der demonstrationslosen Zeit haben wir fleißig gearbeitet und uns vorbereitet. Es gibt "Muster-Widersprüche". Am besten ist aber, die Betroffenen kommen in die Beratung, weil doch jeder Fall anders ist als der andere. *Es gab am 3. Januar bemerkenswert wenig Proteste vor den Arbeitsagenturen. Auch in Wilhelmshaven blieben die Ämter verschont. Ihr habt hier offenbar nicht zum "Agenturschluss" aufgerufen.*

Nein. Die Beschäftigten der Arbeits-Agentur und der ARGE können ja nichts dafür. Die müssen ein Gesetz ausführen, das sie nicht verschuldet haben und das sie in der Kürze der Zeit z.T. nicht mal richtig studieren und verstehen konnten. Das kann man ihnen nicht vorwerfen. Diese Stellen wären der falsche Ort für Proteste. Schuld an der Situation ist die Politik.

Richtig wäre also Protest vor den Parteibüros oder den Wohnungen der Bundestagsabgeordneten.

Ja. Die Beschäftigten sollen nicht zu Schuldigen gemacht werden. Sie bekommen ja den Schwarzen Peter, ebenso wie die Betroffenen, die Erwerbslosen, die zu Schuldigen gemacht werden. Z.B. die bisherigen Sozialhilfeeempfänger. Sie haben im Moment mehr, aber auf Dauer weniger, denn die ganzen einmaligen Leistungen, sei es Bekleidungs-geld, sei es ein Zuschuss für die Klassenfahrt des Kindes oder den Schulbuchkauf, sei es die Weihnachtsbeihilfe, die entfallen ja alle. Die stecken in den 49 Euro, um die das Alg

II über der Sozialhilfe liegt. Für die besonderen Situationen, für die es früher die einmaligen Beihilfen gab, sollen sie jetzt sparen. Das Gesetz erlaubt ihnen, 750 Euro zu sparen. Fragt sich nur, wovon sie etwas abzweigen sollen? Von den 311 Euro pro Ehepartner oder von den 207 Euro Sozialgeld pro Kind? Davon kann man nichts zurücklegen, das geht in den laufenden Lebensunterhalt! Tatsächlich wird niemand mehr haben als vorher, aber viele werden weniger haben!

Noch mal zurück zu euch, zur Arbeitsloseninitiative. Vor einigen Monaten war jemand von euch bei einer Sitzung mit einer Stelle der Landesregierung und bekam gesagt, ihr sollt euch darum bemühen, an den jeweiligen Orten in der ARGE zu arbeiten. Warum seid ihr nicht in der ARGE?

Wir sagen: Die Arbeitslosen brauchen eine unabhängige Beratung. Das sagen übrigens nicht nur wir. Auch der ehemalige Arbeitsamtsdirektor Dr. Lienau sagte das auf der Weihnachtsfeier der ALI. Es wird noch Gespräche mit der ARGE geben, aber klar ist schon jetzt: Wir lassen uns nicht ins SGB II einbinden. Aber natürlich können wir uns

eine Zusammenarbeit vorstellen.

Wartet ihr nun, bis die ARGE Kontakt zu euch aufnimmt, oder...

Nein, wir haben Kontakt aufgenommen und haben schon Termine.

Das Förderprogramm Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen (FAS) ist ja jetzt ganz eingestellt, oder?

Das existiert nicht mehr. Wir freuen uns über die Zuschüsse aus Sande, aus Jever und vom Landkreis Friesland - insgesamt 2500 Euro für dieses Jahr - und wir hoffen auf Geld aus Wilhelmshaven, aber das Landesgeld aus dem FAS-Programm - 22.000 Euro für eine volle Stelle - ist ganz entfallen.

Die Gewerkschaften, besonders die IGM, unterstützen uns, aber die haben ja auch nicht viel Geld. Wenn wir unsere Mitgliederzahl verdoppeln könnten, wären wir alle Sorgen los. Dann würde wir auch Friesland, Sande und Jever nicht mehr belästigen.

Wir danken für das Gespräch. □

Spenden an die ALI bitte auf Konto Nr. 2520815 bei der Sparkasse Wilhelmshaven (BLZ 28250110)

Verhöhnung von Arbeitslosen

Keine Zustimmung für Menzel auf der ALI-Versammlung

(noa) Traditionell ist Oberbürgermeister Eberhard Menzel Gast bei der Januar-Versammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland. Am 11. Januar hatte er um die Zeit noch andere Verpflichtungen und kündigte eine beträchtliche Verspätung an.

Werner Ahrens nutzte die Wartezeit für einige Hinweise an die Versammelten zu den Bescheiden über Alg II. Einige nützliche Hinweise kamen auch aus der Versammlung.

Ganz wichtig ist: Wer einen Widerspruch gegen seinen Alg II-Bescheid erwägt, muss sich beeilen. Bis spätestens muss 31. Januar muss der Widerspruch bei der Agentur für Arbeit bzw. dem Sozialamt vorliegen. Vorsichtshalber sollte jeder, der seinen Bescheid nicht nachvollziehen kann, z.B. weil darin andere Zahlen stehen als im Antrag angegeben, dem Bescheid widersprechen, denn nach Ablauf von 4 Wochen ist er rechtsgültig und kann nicht mehr angefochten werden. Wer eine Begründung für den Widerspruch so schnell nicht zustande kriegt, kann auch "zur Fristwahrung" mit einem Satz Widerspruch einlegen und ankündigen, dass er die Begründung nachreicht, und als wichtig bezeichnete Ahrens es auch, sich nicht durch die Angabe einer sehr kurzen Frist bis zur Begründung selber zu binden.

Auch alle diejenigen, die die so genannte 58er-Regelung unterschrieben haben, sollten jetzt an die Arbeits-Agentur schreiben und fordern, dass sie ihre Arbeitslosenhilfe weiter bekommen - immerhin bestehen zwischen ihnen und der Agentur Verträge, die jene nicht einfach ignorieren kann.

Aus dem Publikum kam ein wichtiger Tipp an Alg II-Empfänger mit erwachsenen Kindern, die schon eine eigene Wohnung haben und noch Anspruch auf Kindergeld haben: Das erwachsene Kind soll sein Kindergeld selbst beantragen und sich direkt auf das eigene Konto überweisen lassen, damit es nicht in das anzurechnende Einkommen der Eltern fällt und damit das Familieneinkommen schmälert.

Und noch ein wichtiger Hinweis: In der Beratung zeigte sich, dass jeder Bescheid für einen anderen Zeitraum gilt. Manche Bescheide gelten drei Monate, andere sechs Monate, und auch dazwischen gibt es welche. Deshalb sollten alle Betroffenen sich den Termin

für die Neubeantragung im Jahreskalender vormerken, weil noch keiner weiß, ob sich die Arbeits-Agentur selber melden wird oder nicht - tut sie es nicht und stellt ein Betroffener selber rechtzeitig den Folgeantrag, fehlt ihm das Geld, denn rückwirkend geht dann nichts mehr.

Gegen 11 Uhr kam Menzel dann, als die Stimmung in der Versammlung schon wieder so richtig "gut" war, nachdem Werner Ahrens noch eben darauf hingewiesen hatte, dass Hartz IV keinen Urlaubsanspruch, den Arbeitslosenhilfeberechtigte immerhin noch hatten, vorsieht.

Menzel trug vor, dass 30 Beschäftigte der Stadt jetzt in der Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit (ARGE) arbeiten. Auch er übte Kritik an Hartz IV: Das Gesetz sei in einer Nacht- und Nebelaktion entstanden und musste infolgedessen unter großem Zeitdruck - gleichsam auch in einer Nacht- und Nebelaktion - umgesetzt werden. Stolz äußerte er sich darüber, dass trotz der großen Eile am Ende fast alles geklappt hat. Inhaltlich jedoch scheint er kein Problem mit Hartz IV zu haben: Es sei sehr sinnvoll, so sagte er, dass die beiden steuerfinanzierten Leistungen, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe, in einer Leistung zusammengeführt worden seien, und alle sozialen Systeme müssten neu organisiert werden. Es müsse eine Umkehr geben zu einem System, das die Verantwortung des Einzelnen einfordert. Das Publikum zeigte sich wenig beeindruckt von diesen Ausführungen Menzels, viel Zustimmung gab es aber für die Kritik an dieser Meinung: Die beiden "steuerfinanzierten Leistungen" seien zwei vollkommen unterschiedliche Dinge gewesen. Durch Arbeit und Beitragszahlung erworbenes Recht die eine, ein Recht auf Versorgung in Notlagen die andere; Menzel solle doch bitte nicht die Leute, die lange gearbeitet und ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld und danach -hilfe erworben hätten, in einen Topf werfen mit denen, die er zwar nicht mit Worten, aber mit seiner Beschreibung ("seit drei Generationen nie gearbeitet..., Sozialhilfekarriere vorgezeichnet...") als Sozialschmarotzer bezeichne. Was er da tue, sei Verhöhnung von Arbeitslosen! Und ebenso viel Beifall gab es für einen Beitrag, in dem eine Teilnehmerin Menzel ihr Befremden darüber ausdrückte, dass er den Sozialabbau befürworte (Menzel dazu: "Das habe ich nicht gesagt! Ich befürworte den Sozialumbau" - was im Fall Hartz IV dasselbe ist).

Mütter Zentrum

Werftstr. 45

Tel. 506 106

Secondhand

für

Mutter und Kind

Kinder- und Damenbekleidung in allen Größen

Kinderwagen und Spielzeug zu günstigen Preisen!

Ab sofort in der Danziger Straße 31

Öffnungszeiten:

Montag 10 - 13 Uhr

Mittwoch 10 - 13 Uhr

Donnerstag 14 - 17 Uhr

Wilhelmshavener Familienhilfe

Danziger Straße 31

Eine Provinzposse?

Sander Eltern für Ganztagschule - Lehrer dagegen - und was daraus werden könnte

(noa) Gerhard Schröder verdanken wir die Einsicht, dass Lehrer faule Säcke sind. Das sagte er, als er noch Niedersachsens Ministerpräsident war, und uns ist nichts darüber bekannt, ob er seine Meinung geändert hat. Und das Kollegium des Schulzentrums Sande bestätigt dieses von vielen liebevoll gehegte Vorurteil.

So jedenfalls scheint es zu sein, glaubt man der Berichterstattung.

Da lasen wir im Dezember, dass die Sander Elternschaft die Schule zu einer Ganztagschule machen will, die LehrerInnen sich diesem Wunsch aber verschließen. Aus egoistischen Gründen: Sie wollen am Nachmittag nicht in die Schule kommen, wahrscheinlich lieber ihr Mittagsschläfchen halten!

„Was ist mit dem Elternwillen?“, fragt da die „WZ“ (20.12.04) und zitiert den SPD-Vorsitzenden Olaf Lies, der feststellt, dass angesichts der Zusammensetzung der Gesamtkonferenz (von 39 Mitgliedern nur je sechs Eltern- bzw. Schülervertreter) jede Entscheidung nur vom Willen des Lehrerkollegiums abhängig ist. Ja, so ist das. Und bisher hat es noch niemanden gestört, dass in den schulischen Gesamtkonferenzen die LehrerInnen die Mehrheit bilden. Der Ton der Berichterstattung erweckt den Eindruck, dass hier aber nun ein Haufen fauler Säcke sich zusammengeschlossen habe, um eine doch sehr wünschenswerte Entwicklung zu verhindern.

Die Gesamtkonferenz ist das Beschlussgremium einer Schule. Das hat der zuständige Schulleiter Beier dem Kollegium gegenüber noch einmal bestätigt. Offenbar gilt das aber nur so lange, wie sie die Beschlüsse fällt, die erwünscht sind. „Nun muss sich, so Lies, die Politik auch fragen, ob diese Entscheidungsfindung in der Schule wirklich der richtige Weg sei.“ (WZ, 20.12.04) Diese Frage beantwortet zu bekommen, wartet man aber gar nicht erst ab, sondern jetzt, da die Gesamtkonferenz des Schulzentrums Sande mehrheitlich beschlossen hat, keinen Antrag auf die Einrichtung einer Ganztagschule zu stellen, soll „der Landkreis Friesland als Schulträger auf Bitten der Eltern ... die Einführung der Ganztagschule beantragen. ... Ein pädagogisches Konzept zu erarbeiten, ist Sache der Schulleitung“ (WZ, 27.12.04), und sie hat dafür Zeit bis zum 31.03.05.

Der Sander Bürgermeister Josef Wesselmann ging beim Neujahrsempfang davon aus, dass man die Schule schon wird zwingen können: „Es sieht so aus, als würde das Schulzentrum Sande künftig eine Ganztagschule.“ (WZ, 03.01.05) In dieser Äußerung wird deutlich, dass er unterstellt, einen Beschluss eines dafür autorisierten Gremiums könne man einfach ignorieren. Und wie die WZ, wie die Elternvertreter, wie die Lokalpolitiker, wie der Landrat ignoriert er einfach die

Gründe, die die Sander Lehrerschaft gegen die Einführung der Ganztagschule ins Feld führt.

Für eine solche Umwidmung einer Schule gibt es Geld vom Bund für bauliche Maßnahmen. Vom Land, das das Personal finanziert, wird es aber gar nichts geben, weder zusätzliche Lehrerstunden noch Geld für die Gestaltung des Nachmittagsangebots. Die Zeit, die die LehrerInnen nachmittags in der Schule verbringen sollen, fehlt an den Vormittagen. Eine Einschränkung des Bildungsangebots wäre die zwangsläufige Folge, denn die Teilnahme am Nachmittagsangebot ist für die Schülerinnen und Schüler nicht verbindlich. Stoff, der in den Lehrplänen zwingend vorgesehen ist, könnte nachmittags nicht vermittelt werden, da er nur einen Teil der Kinder und Jugendlichen erreichen würde. Aus diesem Grund haben die Lehrer sich zu 100 % gegen die Ganztagschule entschieden.

Diesen Grund berücksichtigen weder die Politiker noch die WZ. Stattdessen wird das Klischee der faulen Säcke bemüht. Auch von Josef Wesselmann beim Neujahrsempfang: „Sollte es seitens der Lehrerschaft immer noch Vorbehalte geben, so sei angemerkt, dass nach meinem Verständnis auch den Lehrern das Wohl der Schüler sehr am Herzen liegen müsste und nicht so sehr das eigene Wohl.“ (WZ, 03.01.05)

Das Wohl der Schüler - das eigene Wohl... Wahrscheinlich haben die Lehrerinnen und Lehrer beides im Blick. Die Arbeitszeit außerhalb der bisher üblichen Unterrichtszeiten soll ihnen nur zur Hälfte vergütet werden, und wer will so etwas schon selber beantragen? Gesamtelternratsvorsitzender Rolf Passick spendet Trost: Die Lehrer „könnten vielleicht einige schulische Tätigkeiten, die sie bisher zu Hause erledigen, künftig nachmittags in der Schule machen.“ (WZ, 27.12.04) Ja, die nachmittägliche Anwesenheit in der Schule würde den Lehrern nur zur Hälfte anerkannt; insofern stimmt es nicht ganz, dass diese Zeit vom Vormittagsunterricht abgehen würde, denn es wäre nur die halbe Zeit. Aber man stelle sich das praktisch vor: Lehrer Hempel sitzt in einem Klassenraum mit einer Gruppe von freiwilligen Schülern und bereitet seinen morgigen Unterricht vor oder korrigiert die Klassenarbeiten vom Vormittag. Ein solcher Vorschlag wertet beide Aspekte pädagogischer Arbeit, sowohl die unmittelbar am Kind vollbrachte wie auch die vor- und nachbereitende Arbeit, massiv ab - wenn man sowohl das eine wie das andere nebenbei machen kann...

Landrat Sven Ambrosy unterstützt die Sander Eltern bei ihrem Ganztagschulbestreben. Aus pädagogischen Gründen? - Es ist noch „Geld im Topf“, Zuschüsse könnten noch abgerufen werden. Der „Topf“, das ist eine Milliardensumme, die der Bund „für den Beton“ zu den Ganztagschulen beizutragen bereit ist. Und wenn man sich seinen Anteil

dieses Geldes nicht beizeiten holt, ist es weg. Die Nachmittagsbeschulung der Sander SchülerInnen würde ihre Fütterung am Mittag bedingen, eine Mensa müsste gebaut werden. Jetzt würde diese Mensa vom Bund bezahlt; beantragt man eine Ganztagschule erst nächstes Jahr oder später, muss der Landkreis sie bezahlen. Ein verständliches Interesse des Landrates, jetzt zuzuschlagen und sich eine Kelle voll aus dem Topf holen zu wollen. Auf Kosten der pädagogischen Qualität des Unterrichts wäre es aber wohl nicht so sinnvoll.

Alle, alle haben sich zusammengeschlossen, um das Kollegium des Schulzentrums Sande zu einem Antrag zu nötigen. Und „die Front bröckelt“ schon. Haben wir wirklich alle Aspekte ausreichend beleuchtet? Lassen wir uns vor den Karren der Schulleitung spannen? Sollen wir vielleicht doch...? Und: Was war das für eine „Besprechung zwischen Vertretern des Landkreises, der Schulleitung, des Elternrates und Schulamtsdirektor Beier“, die laut WZ vom 27.12.04 das Ergebnis hatte, dass „ein Antrag zur Einrichtung einer Ganztagschule in Sande ... auf den Weg gebracht werden“ soll? An der Schule Sande scheint von dieser Besprechung niemand etwas zu wissen.

Nun: Wenn diese Gegenwind-Ausgabe aus der Druckerei kommt, wird der nächste Akt in dieser Posse schon stattgefunden haben. Am 17. Januar sollte im Kreisausschuss eine Abstimmung über den Antrag des Landkreises stattfinden. Die Schulleitung muss dann gegebenenfalls bis Ende März das pädagogische Konzept nachreichen.

Da die Schulleitung aber gar keine Ganztagschule einführen will, wird das ein tolles Konzept werden! Zwei Möglichkeiten eröffnen sich für den Fortgang des Stückes:

Möglichkeit Nr. 1: Das Kultusministerium genehmigt die Ganztagschule nicht. Im Lauf der Zeit beruhigen sich die Gemüter wieder, nur dann und wann, wenn man gerade mal wieder über die Lehrer schimpft, kommt die Erinnerung daran auf, dass auch damals 2004/2005 die Sander Lehrer mal wieder bewiesen haben, dass es schon stimmt mit den faulen Säcken.

Möglichkeit Nr. 2: Das Kultusministerium genehmigt die Ganztagschule. Nächste Szene im August oder September 2005: Lehrer Hempel sitzt in einem Klassenraum mit einer Gruppe von freiwilligen Schülern und bereitet seinen morgigen Unterricht vor oder korrigiert die Klassenarbeiten vom Vormittag... □



ROCK FISCH

**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Wahlalternative
**Arbeit & soziale
Gerechtigkeit**

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
Tel.: 04421-46 68 36
www.wahlalternative-asg.de

Arbeitslos

Wenig Hoffnung für den Erhalt von Torde-Möbel

(hk) Seit Robert Viator im Oktober 2004 die Schließung des Wilhelmshavener Werkes der "Neue Torde Möbel" ankündigte, verhandeln der Betriebsrat und die IG Metall mit dem Gesellschafter Robert Viator und der Geschäftsleitung über die Möglichkeiten der Weiterführung des Betriebes auf dem ehemaligen KSW-Gelände an der Henschelstraße. Man glaubte sich auch schon näher gekommen zu sein. Bis zum 16. Dezember.



In einer Pressemitteilung der IG Metall heißt es an diesem Tag:

Eine Lösung über die beabsichtigte Schließung des Möbelwerks Neue Torde in Wilhelmshaven mit ca. 120 Beschäftigten scheint in weite Ferne gerückt. Nach mehreren Gesprächen mit dem Gesellschafter Robert Viator, Geschäftsleitung sowie IG Metall und Betriebsrat über Lösungsmöglichkeiten um den Fortbestand des Werkes wurden nun die Gespräche abrupt durch die unverschämte und skandalöse Haltung von Robert Viator beendet. Nach Meinung der Geschäftsführung brauchen die Beschäftigten nicht mehr Anfang des Jahres weiterzuarbeiten und auch nicht wiederzukommen. Auch ausreichende Interessenausgleichs- und Sozialpläne bzw. eine mögliche Aufgangsgesellschaft soll es nicht mehr geben. Daher steuert alles auf eine Einigungsstelle zu. Die Geschäftsleitung und Robert Viator zeigen keine Verantwortung mehr für die Belegschaft und ihren Familien. Damit scheint "das Tischtuch zerschnitten".

Seitdem ist die Belegschaft alarmiert. Mahnwachen, Demonstrationen, Aktionen bestimmen seitdem das Leben der knapp 120 Torde-MitarbeiterInnen.

Nachdem Robert Viator auch noch den vereinbarten Einigungsstellentermin ohne Angabe von Gründen absagte, stehen die Zeichen vollends auf Sturm.

Viele der Mitarbeiter bei Torde haben das alles schon mehrmals erleben müssen - erst bei KSW, dann 1995 bei Torde und jetzt bei Neue Torde.

Wir sprachen mit Ahmet Altuntas über seine Erfahrungen im deutschen Arbeitsalltag.

Gegenwind: Wann bist du nach Deutschland gekommen?

Ahmet: Ich bin im Mai 1969 nach Deutschland gekommen - da war ich 16 Jahre alt. Dann habe ich eine Lehre als Automechaniker bei Ford Hillmann angefangen - ich habe damals 60 Mark im Monat verdient. Nach 2 Jahren musste ich die Lehre aufgeben, um Geld zum Leben zu verdienen. Dann habe ich bei KSW angefangen.

Was hast du da gemacht?

Ich habe alle möglichen Arbeiten gemacht - war in vielen Abteilungen. Zuerst habe ich in

der Tuffy-Abteilung (Badezimmergarnituren) gearbeitet - als Tuffy nach Jever ging, kam ich in eine andere Abteilung. Dann hat die KSW den Neubau errichtet, da wo jetzt Torde ist, dann habe ich dort gearbeitet. Als der damalige KSW-Direktor, Herr Inderhuels, starb - von da an ging es bergab. Da waren wir noch 1.200 Leute, die wurden nach und nach reduziert.

Eines Morgens kamen wir zur Arbeit und 250 Leute beka-

men ihre Kündigung ausgehändigt - kein Wort dazu, keine Diskussion - einfach tschüs! Die wurden richtig kalt erwischt. Von der Gewerkschaft Textil und Bekleidung haben wir zu der Zeit nicht viel Unterstützung erhalten - die fühlte sich mehr den Angestellten verbunden. Die haben uns wirklich nicht geholfen.

Und dann kam gleich Torde?

Ich bin direkt von der KSW zu Torde gegangen und habe dort in der Schneiderei als Vorarbeiter gearbeitet. 8 Jahre war ich im Betriebsrat und bin jetzt noch Ersatzmitglied.

Torde war doch schon mal pleite.

Torde hat 1995 schon einmal Konkurs gemacht - dann wurde die Neue Torde gegründet, und nach einiger Zeit lief alles wieder normal. Bis Oktober letzten Jahres - da hat Herr Viator hier eine Versammlung gemacht und gesagt: Ende des Jahres mache ich hier dicht - ohne Begründung. Wir waren alle geschockt - Bis dahin haben wir Überstunden gemacht, freitags länger gearbeitet und auch samstags gearbeitet - Einige haben bis zu 100 Überstunden und auch noch den Urlaub vom letzten Jahr. Die hatten gar keine Möglichkeit gehabt, diesen Urlaub zu nehmen - der wurde abgelehnt!

Wir versuchen mit dem Betriebsrat und der IG Metall alles zu regeln. Doch der Herr Viator hat kein Interesse daran, über irgendetwas zu sprechen - der will nur den Laden hier

dicht machen.

Gab es auch Unterstützung von der Stadt?

Oberbürgermeister Menzel hat sich eingeschaltet und Herr Frank von der Wirtschaftsförderung - von denen wurde Herr Viator Unterstützung angeboten - sei es die Mietfrage oder andere finanzielle Fragen - aber er wollte nicht - der wollte nur dicht machen.

Was war das mit der Miete? Torde hat ja die hohe Miete mit als Grund angegeben, Wilhelmshaven zu verlassen.

Darüber wurde ja verhandelt - aber er wollte nicht. Oberbürgermeister Menzel hat meines Wissens vieles angeboten - und der war richtig sauer, als von Viator keine Reaktion kam.

Wie begründet Viator die Schließung?

Er sagte, dass er die Forderungen von Quelle, Neckermann und Otto-Versand hier nicht realisieren kann. Hier ist die Produktion zu teuer. Wir haben ja in der letzten Zeit schon die ganzen Überstunden gemacht, ohne diese abzufeiern. Das sollte dann geschehen, wenn nicht so viel zu tun ist. Doch in dem Werk in Polen arbeiten die Leute für 2,50 Euro in der Stunde und hier muss er das Fünf- bis Sechsfache bezahlen.

Wie viele Leute arbeiten in dem Werk in Polen?

Das sind jetzt knapp 250 Leute, ich glaube, die arbeiten sogar in drei Schichten. Und das

Werk soll noch erweitert werden - und dann wird das Werk in Hude, wo jetzt ja auch schon Kurzarbeit ist, auch nicht verschont werden.

Wie geht es jetzt weiter?

Jetzt arbeitet knapp die Hälfte der Belegschaft das ab, was noch da ist. Jetzt arbeiten wir für uns - das heißt fürs Insolvenzkonto.

Wie lange soll das so weitergehen?

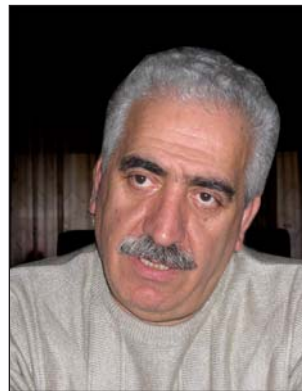
Das geht jetzt bis Ende Februar. Am 1. März soll die In-

solvenz eröffnet werden - bis dahin bekommen wir das Geld von Torde, dann gibt es das Insolvenzgeld und dann ist Schluss. Viator hat den Mietvertrag schon gekündigt.

Was machst du jetzt?

Im März werde ich 52. Ich habe, seit ich hier in Deutschland bin, also seit 35 Jahren, immer gearbeitet, ich war noch nie arbeitslos. Ich habe mir jetzt ein Haus gekauft. Ich werde und muss alles versuchen, wieder Arbeit zu finden. Ich will ja arbeiten - ich mache jede Arbeit - ich bin gesund, aber wo findet man als über Fünfzigjähriger in Wilhelmshaven Arbeit?

Vielen Dank für das Gespräch und alles Gute für dich und die Leute von Torde. □



Ahmet Altuntas

Jonathan



Naturkost

Dass sie von dem Sauerkohle

eine Portion sich hole, wofür sie besonders schwärmt, wenn er wieder aufgewärmt.
Ab sofort bei uns: Frisches Fränkisches Sauerkraut vom Fass - für Sie und Witwe Bolte..

Marktstraße 94, Tel.+Fax: 04421/13438

Betreutes Trinken in Gefahr

Wissenswertes zum Niedergang unserer Kneipenlandschaft

(ft/iz) Es gibt Kneipen, die sind mehr als das, nämlich eine Institution. Was sie wert sind, wird vielen erst bewusst, wenn es sie nicht mehr gibt. Wenn ein Wirt nach 18 Jahren das Gläserhandtuch schmeißen will, hat das sehr komplexe Ursachen und Gründe, die uns Wolle Willig verriet, der sich möglicherweise von seinem legendären "Trinkfachgeschäft" auf Siebethsburg trennen will.

Gegenwind: Wolle, nach 18 Jahren willst du das "Rizz", eine der letzten gewachsenen Szenekneipen der Stadt, dicht machen. Kein betreutes Trinken mehr. Kannst du das verantworten?

Wolle Willig: Ich bin mir noch gar nicht sicher, wann ich aufhöre. Ob's nicht doch noch eine Möglichkeit gibt, das irgendwie ...

Ist das wieder so 'n Trick wie beim Canapé? Da hast du doch 10mal die Schließung angekündigt und jedes Mal ne Super Abschlussparty gehabt ...

Stimmt doch gar nicht.

Ist aber 'ne gute Idee.

Beim Canapé hat's aber nicht wie jetzt beim Rizz so viel Bewegung gegeben. Jetzt ist es bisschen schwierig, ich bin noch so in dieser letzten Entscheidungsphase. Silvester war richtig was los, da war angekündigt "das könnte die letzte Silvesterparty hier sein" - unter meiner Leitung ...

Das heißt, du willst die Kneipe an jemand anderen übergeben?

Ich glaube nicht, dass ich da einen finde. Ich hab's aber auch noch gar nicht versucht. Andererseits, wenn der Pegel entsprechend hoch ist, gibt's aus der Gästeschar immer Überlegungen - "das müsste man denn so und so machen, da muss wieder ein Billardtisch und ein Kicker her", auch wenn der vom Platz gar nicht dahin passt, "das muss irgendwie gehen". Und: "Du brauchst dich um nichts mehr zu kümmern, wir machen das für dich." Das sind Leute, die das von ihrer beruflichen Situation her gar nicht machen können. Aber sie würden das gerne tun.

Hattest du schon gesagt, warum du aufhören willst?

Das bin ich schon 1000mal gefragt worden. Meine Standardantwort ist dann, wie damals schon im Canapé: Ich bin es leid, 3mal die Woche morgens um 7 aufzustehen, um das Geld von links nach rechts zu schaufeln.

Aber jetzt mal im Ernst: Im Grunde sind schon seit Mitte der 90er Jahre die Umsätze bei mir ganz konkret, aber auch in der gesamten Gastronomie in Wilhelmshaven, zurück gegangen, um etwa mindestens die Hälfte. Und es gibt so etwas wie einen "break even", den hab ich mir 1986 damals schon ausgerechnet, wie viel Umsatz ich brauche, damit der Laden existieren kann, und dann gibt es den nächsten Punkt: Wo ich selber existieren kann. Und ich bin jetzt an einer Stelle, wo ich den aktualisierten break even gar nicht mehr erreiche und im Grunde im vergangenen Jahr, also 2004, immer Geld mitbringen musste.

Hängt das auch mit dem Palazzo zusammen?

Die Tendenz ist dort die Gleiche, der Besitzer beobachtet das Gleiche seit Mitte der 90er Jahre, dass bei ihm die Umsätze zurückgehen. Das war ja immer irgendwie gekoppelt, wenn dein Laden lief, war die Disco auch voll.

Jau. Rüdiger hat aber in diesem Jahr Glück gehabt, an den Standardtagen hat er das Gleiche erlebt wie ich, also nur Schlechtes, aber der hat ein paar Extraveranstaltungen gehabt, z. B. am Samstag mal einen Geburtstag, oder irgendwas, das die Leute unbedingt bei uns begehren wollen. Davon habe ich in diesem Jahr nicht ganz so viel gehabt.

Wir haben dieses Jahr, und das gehört natürlich auch zum Geschäftsjahr dazu, das Wo-



chenende an der Jade gehabt. Das rettet mich mindestens über zwei Monate, wenn das gut gelaufen ist. Dieses Jahr ist es auf Null-Basis gelaufen. Da ist man kein Überflieger, wenn man sagt, ich kann da nicht für 5 Tage hingehen und hab nur 200 Euro über, das geht nicht.

Das war ja auch wieder verregnet.

Das war alles: Fußball-EM, Pisswetter, Haake Beck, schlechtes Programm. Eins davon ist noch zu verknusen, aber vier Faktoren auf einmal geht nicht. Six-Pack-Party beim Pumpwerk war noch annehmbar, das ist noch ein Selbstläufer, war aber schon mal besser. Das rechne ich alles dazu. Wenn dann so 'n Einbruch kommt, so sensibel ist das inzwischen, Wochenende an der Jade ist nix - schon stehste da wie Hein Blöd.

Woran liegt das, dass die Umsätze so zurückgehen?

Das ist diese Entwicklung, dass wir weniger Nachwuchs haben, das ist aber ganz dramatisch in den letzten zwei Jahren. Und natürlich, Leute, die da zwei, drei Jahre waren, gerade bei diesem jüngeren Segment zwischen 18 und Anfang bis Mitte 20 ... bei dem einen stellen sich so arbeitsmäßige Veränderungen ein, das sind im Grunde immer wieder biografische Veränderungen, die da statt finden ...

Dass die Leute weggehen aus der Stadt?

IGS, KKS, GaM: Die kommen, sind da bis zum Abitur, und gehen dann in andere Städte. Selbst Leute, die noch nahe wohnen, die in Oldenburg studieren, die kommen immer noch mal, aber das wird dann immer weniger. Und da habe ich den Nachwuchs nicht mehr.

Ich kann aber auch sagen, dass diese jungen Menschen nicht nur erstens irgendwann gehen, sondern zweitens inzwischen gar nicht mehr in dem Maße kommen, weil - ich nenne das immer so schön - diese Diversifikation des Angebotes für Leute in dem Alter stark vorangeschritten ist. Auch das war schon Ende der 90er zu sehen, dass bestimmte musikalische Interessen im Palazzo nicht mehr bedient werden, bei mir sowieso nicht, und die Leute es plötzlich gewohnt waren, nach Oldenburg, nach Bremen zu fahren, in bestimmte Locations, wie das so schön heißt.

Quasi die Änderung der Jugendkultur?

Die spielt da eine Rolle. Das, was für meine Generation - ich bin ja nun auch steinalt (50 - red.) noch irgendwie geklärt war: Da konntest du nur zu bestimmten Plätzen gehen, wo du bestimmte Anteile deines musikalischen oder auch geselligen Interesses vorgefunden hast. Da hast du auch andere getroffen, die etwas andere Interessen hatten, das hat sich dann arrangiert und da gab's dann recht buntes Programm. Heute ist die Angebotsvielfalt größer - aber eben an verschiedenen Punkten. Ist auch nachvollziehbar. Das, was ich immer noch in einer gewissen Konstanz anbiete, kommt bei vielen der ohnehin schon weniger gewordenen jungen Menschen nicht mehr an.

Und unsere Generation, die mit dieser Kneipe, mit dieser Art Kneipen, groß bzw. inzwischen alt geworden ist, die gehen auch nicht mehr so viel weg?

Die haben ihre biografischen Änderungen schon vollzogen. Da gibt es manchmal noch so Rückflüsse, die muss man dann erst wieder sozialisieren auf die Kneipe, wenn die auf einmal meinen, sie hätten da alte Rechte. Die reichen in der Menge aber auch nicht aus. Stammgäste werden weniger, das war auch schon immer so, also auch das Bündel an Stammgästen ist weniger geworden, aber diese älteren Gäste, das ist auch leicht zu beobachten, die gehen weniger weg, aus verschiedenen Gründen. Das fängt schon mit materiellen Situationen an, hat aber auch was mit Interessensveränderung zu tun. Wenn die auf 'ne Party gehen, dann gehen die auf 'ne Party im Freundeskreis. Ich selber bin ja auch ein großer Freund der Restaurantkultur in meiner Freizeit - das machen die auch, wenn die einen Freundeskreis haben, der sich in einem Restaurant niederlässt. Die gehen aber nicht stumpf am Freitag oder Samstag um 9 oder 10 Uhr in die Kneipe mit sechs Mann und zelebrieren da 'ne große Geselligkeit. Um nicht zu sagen: Vollsuff. Das macht keiner.

Haben sich die Umsätze auch geändert in dem Sinne, dass die, die noch kommen, weniger ausgeben - oder hat der Euro da nix ausgemacht?

Der Euro hat da auch noch was ausgemacht. Vielleicht liegt es daran, dass die Leute weniger Geld haben, vielleicht haben sie, medial vermittelt, einen Euro-Schock gekriegt. Vielleicht betrifft mich das auch mehr als andere Läden, vielleicht ist das bei McDonalds anders, keine Ahnung.

Es ist ja auch so, dass die Bierpreise erhöht wurden.

Das sind ja nicht die Gastronomen gewesen, die plötzlich allein neue Preise erfunden haben. Ich habe kurz vor der Euro-Umstellung für die Kiste Bier 14,90 bis 16,90 DM bezahlt - das wäre dann so bei 7,50 Euro. Jetzt ist 10

Euro der Minimalpreis für eine Kiste Jever. Fassbier ist noch viel teurer geworden.

Welche Rolle spielt es, dass Wilhelmshaven die höchste Kneipendichte hat? Bei sinkender Einwohnerzahl.

Das ist traditionell so. Als ich angefangen habe, 1986, hatten wir auch schon die höchste Kneipendichte. Wir hatten eine höhere Kneipendichte als in Berlin. Wir haben jetzt weniger Kneipen als 1986 und müssen das wieder ins Verhältnis setzen: Weil wir auch Bevölkerung verloren haben, haben wir immer noch so eine hohe Kneipendichte. Das liegt einfach daran, dass das hier immer so war. Da zehrt die Stadt immer noch von dieser Tradition als Marinestadt.

Das heißt natürlich, dass es viele Wirte gibt, die da so vor sich hin vegetieren. Das könnte ich auch. Du hast zwei Möglichkeiten: Entweder du setzt dich 5,6 Tage da hin und ziehst das irgendwie durch, und bist materiell nicht vernünftig ausgestattet. Die andere Möglichkeit ist: Du suchst dir einen Job.

Und die Kneipe nur noch als Hobby?

Das kannst du noch nicht mal so sagen. Wenn das Hobby wäre, wäre es ja schön, aber wo fängt der Hobbybegriff an? Guck, ich bin jetzt seit 5 Jahren bei Radio Jade und habe mich inzwischen so eingegroovt, dass ich von montags bis mittwochs schwer im Radio arbeite, um dann einen ganz abrupten Arbeitsplatzwechsel vorzunehmen, indem ich nämlich Donnerstag meine erste Nacht hinterm Tresen stehe. Das ist der Wahnsinn. Das klingt vielleicht für viele Leute luxuriös, wenn ich sage, dass ich so Arbeitszeiten habe wie 9 Uhr 30 vormittags, aber wenn ich donnerstags abends um

8 hinter der Theke stehe, hab ich allerdings bis 17 Uhr noch Sendung gehabt. Am Freitag stellt sich das genauso dar. Das ist für viele Wirte in diesem materiell irgendwie unterbelichteten Bereich nix Ungewöhnliches, dass sie noch irgendwie arbeiten gehen.

Nebenberufliche Gastwirte sind also nicht die Ausnahme?

Da gibt's ja diese ganz fantastischen Neustarter im gastronomischen Geschäft, die aus einem festen Job heraus 'ne Kneipe aufmachen. Die wissen allerdings nicht, worum es geht (lacht). Da gibt's dann welche, die haben ein paar Monate später die Kneipe aufgegeben und auch den Job nicht mehr.

Das ist zumindest diese Doppelbelastung. Selbst wenn die Kneipe schlecht läuft, bedeutet das, dass du immer noch viele Stunden mit der Kneipe zuzubringen hast. Das sind ja nicht nur die Betriebsstunden (lacht). Wenn's eh schon schlecht läuft, dann wirst du dich auch nicht mehr - es sei denn, du bist blöd - vom Lastwagen des Bierverlegers beliefern lassen, dann ziehst du selbst los.

Im Grunde ist die Lage so - das ergibt sich aus dem vorher Gesagten: Zu diesen so genannten Nebenerwerbswirten gehöre ich mittlerweile auch. Nicht nur, dass ich in diesem schlechten Jahr Geld mitbringen musste - das hat auch vorher nicht mehr so wirklich viel abgeworfen, dass man da gesichert von leben konnte. Ich meine nicht zufrieden und luxuriös, sondern gesichert.

Radio allein reicht auch nicht, ich brauche ein zweites Standbein. Könnte auch wieder 'ne Kneipe sein.

Dann vielleicht in anderer Lage? Es gibt ja so was wie einen Synergie-Effekt, wenn man so ein "Bermuda-Dreieck" hat, so wie früher



an der Gökerstraße, Bistro, Bett, Jatz, ... wo die Gäste dann von Kneipe zu Kneipe schlendern.

Das war damals so, als ich das Canapé in der Gökerstraße hatte, mit dem Saxophon, mit dem Liner auf der anderen Seite. Dann ist das Saxophon da weggegangen, plötzlich sackten wir zu einer Stadteilkneipe runter, weil sich da auch wieder Leute wegorientiert haben von dem Bermuda-Dreieck, und für den Stadtteil sind 4 Kneipen viel zu viel.

Ich kann aber nicht sagen, warum. Vielleicht hat der Börsenplatz damals zunächst an

Attraktivität gewonnen. Das war auch mal so 'ne Überlegung bei mir, an den Börsenplatz zu

gehen. Das habe ich ja auch mal probiert mit der Country-Kneipe. Das ist Quatsch gewesen. Der Börsenplatz ist inzwischen, nach meinen Informationen und Erfahrungen, auch nicht so ein "Synergieplatz". Es gibt welche, da funktioniert es, bei anderen nicht. *Am Börsenplatz blüht ja die Konzept-Gastronomie.*

Mein eigener Versuch hatte ja auch ein eigenes, vor allem ganz falsches Konzept, das ich selber gar nicht vertreten konnte. Das ging über einen Partner. Der Platz an sich ist noch keine Garantie für irgendwas.

Wo ist der Unterschied zwischen einer Kneipe, bei der du wieder mitmachen würdest, für das zweite Standbein, und dem Rizz?

Ich sage dir, was ich nicht kann: Ich kann nicht so ein aufgesetztes Konzept vertreten. Das ist vielleicht kaufmännisch unflexibel, kann gut sein. Ist aber nicht mein Job. Tu ich mir auch nicht an. Insoweit bin ich auch mit diesem altbackenen Rizz-"Konzept" einfach so 'n bisschen aus der Zeit, vielleicht bin ich in 10 Jahren wieder in der Zeit, weiß ich nicht. In Hamburg wäre ich heute auch noch so halbwegs in der Zeit mit diesem Konzept.

Das Konzept ist ganz einfach: Es ist ein kleines, dunkles Loch, ist laut, bezieht sich musikalisch auf rockige Wurzeln aus den 70ern, sagen wir mal, nimmt aber auch deutlich Tendenzen auf, die jetzt stattfinden - dadurch ist das laut und heftig. Und der Raum ist so ein Raum, der sich neuen Gästen erst nach und nach erschließt. Das heißt, du bist da einmal, siehst irgendwas, staunst, findest es vielleicht witzig oder auch nicht. Wenn du noch mal kommst, sitzt du da wieder und findest immer wieder neue Sachen.

Das ist in neuen modernen Kneipen manchmal auch so, aber es ist doch ausgesprochen standardisiert. Ich bin natürlich in der Beziehung doch Profi, wenn ich woanders bin und mir das angucke, dann sehe ich: Ist klar, das haben die im Satz eingekauft und hängen da mal zwanzig bunte Bilder an die Wand. Das hat auch ein bisschen was, aber es ist auch ermüdend. Bei mir ist das so mehr gewachsen.

Da gibt es richtige Lastwagenkonzepte: Der kommt, du hast vorher den Raum ausgemessen. Wie beim Bonny's Diner ...

... das läuft aber ...

Da ist ein bisschen mehr Bewegung drin, Veränderung, und Programmangebot. Programm spielt für mich inzwischen keine Rolle mehr. Ich kann bei meiner Kneipengröße Veranstaltungen erst ab einem gewissen Level anbieten, das läuft. Wenn's dir schlecht geht, kannst du das gar nicht bezahlen, da reitest du dich noch mehr rein.

Haben die Konzeptkneipen die "altbackenen" Kneipen kaputt gemacht?

Es hat einfach Wanderungen gegeben. Wir leben ja immer von den Spitzen. Wenn Leute abwandern, die nicht so oft gekommen sind, finden die Spitzen nicht mehr statt.

Um auf die erste Frage zurückzukommen: Ich will mir im Moment noch den Luxus leisten (lacht), wenn ich gastronomisch was Neues in Angriff nehme, dass das was ist, das ich auch vertreten kann. Oder etwas anderes nehme.

Es muss ja was anderes sein. Sonst könntest du ja das Rizz behalten. Oder hat es doch was mit dem Standort zu tun?

Es hat auch eventuell was mit dem Standort zu tun. Das ist aber eine ganz filigrane Situation. Das ist nicht einfach nur so 'n Standort, wo andere schon sind, die sich gegenseitig befruchten. Das wäre toll. Damit hast du so 'n gewissen Garanten. Oder dass man was findet, das ohnehin schon gut läuft, wo sich jemand verabschiedet.

Die Grundgeschichte ist: Ich brauche zwei Standbeine. Das kann ja alles Mögliche sein. Nicht ganz, denn der Radiojob findet hier statt. Eine Ortsveränderung kommt so nicht in Betracht, wenn sich da nicht auf einmal tolle Sachen auftun. Und da ich in 2004 fünfzig geworden bin, halte ich das für vergleichsweise unwahrscheinlich. Ich wäre gern bereit, was tolles Neues zu machen, in einer anderen Stadt, aber das ist heute viel unwahrscheinlicher als vor 10 Jahren.

Wir wünschen dir viel tolles Neues und danken für das Gespräch. ☐

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
 Legasthenietherapie
 Les-/Rechtschreibtraining
 Diagnose und Beratung
 Auskunft und Anmeldung
 04421 - 99 64 70

Gefährliche Seilschaften

Ehemaliges Corps-Mitglied referierte über Studentenverbindungen

(iz) "Burschenschaft Normannia Leipzig schließt NDP-Aktivisten aus", vermeldete vor 4 Jahren die Presse. Werden studentische Verbindungen wie die "Nordia" an der hiesigen Fachhochschule zu Unrecht dem ultrarechten Spektrum zugeordnet? Dr. Stephan Peters schilderte an Hand eigener Erfahrungen und Studien Geschichte und Rituale von Burschenschaften & Co. Im Publikum saß auch ein Dutzend "alte Herren". Alle anderen glaubten, sie hören einen Reisebericht von einem anderen Stern jenseits der Zivilisation, von Klingonen oder so.

Kurz vor Weihnachten 2004 war der Nazi Jürgen Rieger zu Gast bei einer Kasseler Burschenschaft. In seiner Rede leugnete er die Vernichtung von Juden, Sinti und Roma im Dritten Reich und forderte dazu auf, Ausländer zu verprügeln. Der Chef des hessischen Verfassungsschutzes befand, das sei "zu beanstanden, aber keine Gefahr für die Verfassung".

In der Palette der verschiedenen Verbindungsformen ordnet Peters die "Deutsche Burschenschaft" (etwa 15.000 Mitglieder) ganz rechts außen ein. Aus ihren Reihen kommen Köpfe nationaldemokratischer bzw. republikanischer Hochschulbünde und rechtsradikale Zeitungen wie "Junge Freiheit" oder "Der Republikaner".

Peters selbst war 4 Jahre in einer katholischen Korporation in Marburg aktiv. Er trat aus, als sein "Weltbild nicht mehr kompatibel zu dem der Verbindung war", und promovierte später über Corps. Äußerlich wirkt der Politologe, Eliteforscher und Publizist immer noch wie ein Corps-Student, tritt jedoch locker und frech auf. Als erklärter FAZ-Leser ist er sicher nicht der Linken zuzuordnen, was ihn in Verbindung mit seinem persönlichen und wissenschaftlichen Erfahrungsschatz seitens der Rechten beinahe unangreifbar macht.

Ziele

Aufgabe der Corps und Burschenschaften ist es, "national gesonnene Persönlichkeiten in führende Positionen zu entsenden", so Ex-Innenminister und Verbindungsmitglied Manfred Kanther. Die Elite will sich selbst erhalten, und das ist ihr bis heute ausgezeichnet gelungen. Am Anfang des Weges zu einer sicheren Machtposition steht die widerspruchlose Unterwerfung, die wie folgt begründet wird: "Freiheit ist, zu tun, was man soll, nicht, was man will". Wichtig ist ihr die Abgrenzung zum "gewöhnlichen Volk", wozu auch Frauen zählen. Peters: "Das Prinzip funktioniert. Leute aus den höchsten gesellschaftlichen Stufen kommen selbst wieder auf die höchsten Stufen, und führende Positionen bleiben Männern vorbehalten."

Geschichte

Die ersten Burschenschaften entstanden zur Zeit der französischen Revolution aus Kreisen des Bildungsbürgertums z. B. in Jena, Leipzig, Halle und Göttingen und waren anfangs rein protestantisch. 1848 kam es zur Spaltung. Die Nationalisten überwogen, die Bewegung erstreckte sich bis ins Kleinbürgertum. 1871 wurde Otto Baron von Bismarck mit seinen Bestrebungen für ein "einiges Vaterland" zur Schlüsselfigur. Die lebenslange Mitgliedschaft wurde eingeführt. Die aufkommende Frauenbewegung provozierte "die Erziehung zum Mann" (gegen das Weibliche). 1882 schloss der Corps Teutonia Marburg Juden von der Mitgliedschaft aus. 1894

wurde in allen Verbindungen die Aufnahme von Juden, die zwischenzeitlich möglich war, wieder untersagt.

1921 legte man eine Abstammungsfolge fest, die 14 Jahre später fast im Wortlaut in die "Nürnberger Rassegesetze" einfluss. Nur 5 der 120 Corps weigerten sich, Juden auszuschießen. 1935 wurden die Corps aufgelöst und in den nationalsozialistischen Studentenbund überführt.

Nach Ende des 2. Weltkrieges wollten die Alliierten die Neugründung von Corps verbieten, aber die hatten sich schon längst wieder formiert. Zur "Elite" aus Wirtschaft und Politik, die teilweise schon im Dritten Reich und später wieder Deutschland regierte, gehör(t)en Hanns Martin Schleyer und sein Sohn Hanns Eberhard, der vor 2 Jahren vom Titel der Zeitschrift "Corps" (1/2002) lächelte, daneben sein Ausspruch "Elite: Verantwortung für die Gesellschaft". Schleyer ist Generalsekretär der "Suevia Heidelberg". Zum erlauchten Kreis der "alten Herren" zählen auch die Chefs von EoN (Klaus Esser) und Allianz (Schulte-Nölle). Thomas Gottschalk war im gleichen Corps wie Franz Josef Strauß.

Erziehungsmethoden

Gehorsam, Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit, Charakter sind die "Tugenden", zu denen der Nachwuchs der Verbindungen erzogen werden soll. Die drei Säulen der "Korporierung" heißen Konvent, Kneipe und Mensur. Regeln und Rituale stehen in einem Normenkatalog, dem "Comment".

Der Konvent ist eine Versammlung, die nicht nach demokratischen Regeln durchgeführt wird. Es wird sowohl beschlossen als auch gerichtet. Es gibt unterschiedliche Stimmrechte, und eine Diskussion der Beschlüsse ist nicht möglich.

Die Kneipe ist eine rituelle Feier, an der neben den Studenten auch die alten Herren teilnehmen, um das "Lebensbundprinzip" zu unterstreichen. Für das Trinken (Alkohol) gibt es spezielle Regeln. Wer dagegen verstößt, wird mit Biertrinken abgestraft. Daneben wird nach besonderen Regeln gesungen und gesprochen.

Am bekanntesten ist wahrscheinlich die Mensur, das "Schlagen" (Fechten; es gibt allerdings auch so genannte nicht schlagende Verbindungen). Die mindestens einmalige Teilnahme ist Voraussetzung, um in den Bund aufgenommen zu werden. Der Körper ist durch ein Kettenhemd geschützt, der Kopf nicht, außer Augen und Nase. Führt der Gegner einen Stich, darf der Kopf nicht zurückgezogen werden. Dabei verletzt zu werden, ist keine Pflicht, gilt aber als besondere Ehre, als "Blutopfer für die ritterliche Gemeinschaft" (Ursprung der Redewendung "den Kopf hinhalten"). Bevorzugt wird die Schläfe verletzt, was einen eindrucksvollen Blutverlust bewirkt. Juristisch heißt das Ganze "Körperverletzung

mit Einwilligung" (Urteil von 1953). Ein Arzt ist immer dabei, der die Wunde ohne Betäubung vernäht. Wer eine deutliche Narbe zurückbehalten will, streut Salz darauf.

Diese Rituale werden als "Geschlechtszuweisung" eingeordnet, gewissermaßen eine "Beschneidung am Kopf" oder eine Reminiszenz an die "Kopfg Geburt des Zeus" (der eine Frau geboren haben soll).

Rekrutierung und Hierarchie

Corpsstudenten kommen in der Regel nicht aus dem Arbeitermilieu. Herkunft und "Gesinnung" sind Kriterien für die Aufnahme.

Oft waren Papa und Opa schon "Füchse", sind jetzt "alte Herren" und teilen dem Sprössling unmissverständlich mit, welchem Corps er sich an seinem Studienort anschließen hat. So erging es auch Peters. Zusätzlich machen sich die Verbindungen die Wohnungsnot in Universitätsstädten zunutze: Inmitten Hunderter Angebote am Schwarzen Brett, die völlig übersteuert und trotzdem Sekunden nach dem Aushang bereits vergeben sind, werden billige bis kostenlose Zimmer in den feinsten Immobilien angeboten, Mittagstisch inklusive, Computer und weitere Annehmlichkeiten gibt's obendrauf. Voraussetzung: Beitritt zum Corps. Der Übergang von Mutti's Schürzenzipfel über die angsteinflößende Massen-Universität hinein in eine schützende Gemeinschaft erfolgt rasch über einen roten Teppich.

Die Anfänger im Verbindungs(un)wesen heißen "Füchse". Ihre "Ausbildung" erfordert 1 bis 2 Semester: "Ehemalige Bundeswehrsoldaten haben es leichter." In dieser kurzen Zeit müssen sie eine Menge Regeln "pauken", "inkorporieren", was (gezielt) keine Zeit zum Reflektieren lässt. Ihnen zur Seite steht ein "Leibbursche".

Die darauf folgende Zeit als "Bursche" dient der "Festigung" und Übung des Erlernen. Daran schließt sich eine inaktive "Angleichungsphase" an.

Peters hatte ein ganzes Bündel von "Freundschaftszipfeln" dabei, bunten Hosenträgerbändchen mit Plakette, die als Zeichen der ewigen Freundschaft ausgetauscht werden, mit Gravuren auf der Rückseite ("von xx f. m. lb. lb. yy" - "für meinen lieben Leibburschen" - jeweils mit Namen und Spitznamen, die an berühmte Philosophen u. ä. erinnern).

Nach dem Studium bzw. im Beruf sind die Mitglieder "alte Herren", die nur noch in Form von Kapitalspritzen aktiv sind. Sie kaufen z. B. die prachtvollen Immobilien, die oft als gemeinnützige Wohnheime betrieben werden.

Gefahrenpotenzial

In den hier genannten und weiteren Verbindungen wie Landsmannschaften sind bundesweit 157.000 Personen korporiert. Einige, wie die "musischen Verbindungen", nehmen auch Frauen auf. Während die Corps für Peters nur "deutschen Konservatismus in Reinstform" betreiben, steht vor allem der "übelst rechtsextreme" Dachverband deutscher Burschenschaften in enger Verbindung zu Nazis. "Sie haben das völkische Prinzip in ihren Statuten."

Diskussion

Aus dem restlichen Publikum ließen sich die anwesenden "alten Herren" sofort ausmachen, die in der Diskussion bestens vorbereitet wirkten. Zum Einstieg "outete" sich einer "als 80jähriger alter Corpsstudent" und

wollte "einiges geraderücken": "Bei uns wird nicht nach dem Stall geguckt, nicht nach der Hautfarbe oder der politischen Meinung. Wir haben auch einen Koreaner und einen Kroaten dabei. Man muss nur ordentlich, anständig und sauber sein." Und wie wird das geprüft? "Der Neue wird einmal unter Alkohol gesetzt, da zeigt sich der Charakter. Der Habitus ist im Milieu verankert und unter Bierinfluss feststellbar." So erkennt man also den Arier.

Dass von solchen Zuhörern nicht ohne Häme Personen wie Marx oder Liebknecht als Corpsstudenten angeführt werden, ist Peters gewohnt. Vor allem, dass stets fälschlich Karl Liebknecht genannt wird, der damit gar

nichts am Hut hatte, im Gegensatz zum späteren SPD-Gründer Wilhelm Liebknecht.

Ein anderer Teilnehmer zeigte sich den deutschen Burschenschaften zugehörig. "Ich bin nicht rechtsextrem. Bei uns gilt das Toleranzprinzip." Bekanntermaßen werden vor allem Faschisten toleriert. Dazu Peters: "Die Selbstreinigung von rechtsextremen Strömungen funktioniert nicht. Da müssen Sie sich schon Vorwürfe gefallen lassen. Es ist nicht witzig, wenn in Ihren Kreisen Heil Hitler gebrüllt wird." Weitere Verbindungs-Mitglieder meldeten sich zu Wort und stritten viele von Peters' Ausführungen ab. Dessen Schlusswort: "Da sage ich mal ganz dreist: Sie kennen Ihr eigenes Handbuch nicht. Ihr

Ziel bleibt, eine Elite zu pflegen."

Fazit

Zurück blieb die anwesende Linke mit der Frage, warum man sich, knapp ein Jahr nach der Nazi-Demo, überhaupt mit Leuten dieser Couleur unterhält. Ignorieren kann und darf man dieses meist versteckte völkische, rechtskonservative bis faschistische Potenzial auf keinen Fall. Es ist wichtig, sie zu (er)kennen. Sie sind da, unter uns, überall und vor allem in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Schlüsselpositionen. Und wir können sie nicht einfach zurückschicken auf den Planeten Kronos zu den anderen Klingonen. □

Neue Wege

Elterncafés und Onlineforen ergänzen klassische Erziehungsberatung

(ub) Auf Einladung der Beratungsstelle für Eltern, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene des SOS Kinderdorf e.V. trafen sich die Vertreter von 11 Erziehungsberatungsstellen aus dem Bezirk Weser-Ems Nord. Diese regelmäßigen jährlichen Treffen dienen zum Austausch über neue Entwicklungen und aktuelle Erfordernisse im pädagogischen und therapeutischen Angebotsspektrum der Beratungsstellen. Die präventiven Angebote der Erziehungsberatung des Landkreises Friesland sowie die Beratungsmöglichkeiten im Internet standen im Vordergrund. Die städtische Erziehungsberatung in Wilhelmshaven ist bereits online aktiv.

Das Treffen der Beratungsstellen stieß auch in diesem Jahr wieder auf eine große Resonanz, und so konnte Uwe Brams, Leiter der Erziehungsberatung des Landkreises Friesland, insgesamt 19 Fachkollegen aus 11 Einrichtungen der verschiedenen Landkreise und kreisfreien Städte im Weser-Ems-Gebiet begrüßen.

Erstmals war die seit dem Sommer 2001 unter Regie des SOS Kinderdorf e.V. im Landkreis Friesland geführte Erziehungsberatungseinrichtung Gastgeber des Beratungsstellentreffens. Aus diesem Grund wurde zunächst die Arbeit der Erziehungsberatungsstellen in Jever und Varel vorgestellt. Das multiprofessionelle Team, bestehend aus Sozialpädagogen, Diplompädagogen und Psychologen, hat im Jahr 2003 laut der jetzt veröffentlichten Jahresstatistik in 446 Fällen insgesamt 757 Menschen aus allen Altersgruppen beraten.

Präventive Angebote

Im Mittelpunkt des diesjährigen fachlichen Austausches im Ratssaal der Stadt Varel stand das Thema "Präventionsarbeit in der Erziehungsberatung". Der für diesen Bereich in der Beratungsstelle des Landkreises Friesland zuständige Mitarbeiter Andreas Koût verdeutlichte am Beispiel des Elterncafés in Jever sowie an dem Projekt "Runder Tisch" in Sande das besondere Engagement der friesischen Beratungsstelle im Präventionsbereich. Koût zeigte an Hand zahlreicher Beispiele wie der Zusammenarbeit mit den Schulen im Landkreis und der intensiven Mitarbeit in den Kriminalpräventionsräten den hohen Stellenwert der vorbeugenden Arbeit für die Erziehungsberatungsstelle im Landkreis Friesland auf.

In der anschließenden Fachdiskussion stellten die Leiter und Mitarbeiter der Erziehungsberatungsstellen unterschiedliche Ansätze der Präventionsarbeit vor. Einig war man sich darin, dass diese Angebote wichtige Elemente der Beratungsarbeit bleiben müssen;

gleichwohl muss man zur Kenntnis nehmen, dass steigende Beratungsfallzahlen bei gleichbleibender Personalstärke nicht selten dazu führen, dass Präventionsangebote zu Gunsten von Einzelfallhilfe aufgrund der begrenzten Kapazitäten zurückgefahren werden.

Virtuelle Beratung

Die Vertreter der Beratungseinrichtungen beschäftigten sich außerdem ausführlich mit dem Themenkomplex "virtuelle Beratungsstelle" und "Onlineberatung". Einige Einrichtungen, wie z. B. die Erziehungsberatung in Wilhelmshaven, bieten bereits über das Internet Beratung an. Diese neue Zugangsmöglichkeit zur professionellen Beratung nutzen vorwiegend junge Menschen. Erste Auswertungen der Wilhelmshavener Beratungsstelle zeigen, so Reinhard Vandree, Leiter des Beratungszentrums für Kinder, Jugendliche und Eltern, dass "insbesondere Mädchen sich mit Themen aus den Bereichen Sexualität, Freundschaft und Liebe über das Internet an die Beratungsstelle wenden".

Weltweit und anonym

Wer im Suchfenster der Internetsuchmaschine "google" das Stichwort "Beratung" eingibt, erhält derzeit den Hinweis auf 17 Millionen Einträge. Wer in diesem schier unglaublichen Angebot die Spreu vom Weizen trennen will, hat wirklich ein Problem. Und wer sich Hilfe von Gleichgesinnten in den unzählig im Netz vorhandenen Chatrooms verspricht, wird schnell den Eindruck gewinnen, dass ein Großteil der vernetzten Bevölkerung erhebliche Zeit damit verbringt, zusammenhanglos völlig verblödetes Zeug zu plappern.

Einige Vertreter der Beratungsstellen warnten zudem, dass auch bei Beratungsangeboten der Internetsurfer nicht mehr sicher ist vor kriminellen Machenschaften. Dubiose Geldschneider, Spanner, Exhibitionisten und Perverse suchen ihre Opfer unter Ratsuchenden.

Die seriösen Online-Beratungsangebote sind zentral über die "Bundeskonferenz der Erziehungsberatungsstellen" (bke) organisiert. Ein Team aus Fachleuten teilt sich die Anfragen entsprechend der jeweils freien Personalkapazitäten auf.

Getrennt für Eltern und Jugendliche werden unter www.bke.Elternberatung.de sowie unter www.bke.Jugendberatung.de verschiedene Beratungsmöglichkeiten angeboten. Wer sich individuell an einen Berater wenden will, kann sein Problem in aller Ausführlichkeit per Email an die bke schicken und bekommt ebenfalls per Email eine Stellungnahme eines Pädagogen bzw. Psychologen.

Im Gruppen-Chat

können sich Eltern mit anderen Eltern über Erziehungsfragen und Jugendliche untereinander beispielsweise über Ihren Stress mit den Eltern austauschen, nach Erfahrungen fragen oder Probleme schildern. Der Chat wird von einer Fachkraft moderiert. Falls gewünscht, ist auch ein Austausch "unter vier Augen" mit dem Moderator im Einzel-Chat möglich. Der Eltern-Chat ist mittwochs jeweils von 19.30 Uhr bis 21.30 Uhr geöffnet. Der in der Regel auf 3 Stunden begrenzte Gruppen-Chat für Jugendliche startet mehrmals die Woche.

Die themenzentrierten Foren

- z. B. "wir trennen uns - was wird mit den Kindern?" - funktionieren wie eine offene Pinnwand. Nach dem Laien-beraten-Laien-Prinzip tauschen die Teilnehmer ihre Erfahrungen aus und geben sich gegenseitig Tipps. Für alle Foren und Chaträume gilt:

"Sollten ... Inhalte publiziert worden sein, die rassistischen, pornographischen bzw. menschenverachtenden Inhalts sind oder gegen die guten Sitten verstoßen" (bke), werden diese vom Moderator gelöscht.

Im Unterschied zur sogenannten face-to-face Beratung findet zwischen dem Berater und den Klienten kaum bzw. gar nicht so genannte Beziehungsarbeit statt. Im Gegensatz zur klassischen Beratung steht die Fachberatung mit konkreten Tipps und Ratschlägen im Vordergrund. "Wir erreichen mit diesem Angebot gezielt auch Klienten", so ein Mitarbeiter des Wilhelmshavener Beratungszentrums für Kinder, Jugendliche und Eltern, "die sich nicht trauen, eine herkömmliche Beratungsstelle aufzusuchen." Und noch ein wesentlicher Unterschied: Das Beratungsteam der bke garantiert, dass eine Beratungsanfrage innerhalb von 48 Stunden beantwortet wird. □

Lohndumping

Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe: Mit neuen Töchtern in den Billiglohnbereich

(hk) Die Stadt Wilhelmshaven überrascht ihre BürgerInnen beinahe täglich mit neuen Konstruktionen ihrer Betriebe. Da gibt es plötzlich Eigenbetriebe, Holdings, "ausgetöchterte" Unternehmenszweige, Privatisierungen usw. usf. Kaum jemand blickt noch durch. Ein Ziel all dieser Schwindel erregenden Wirtschaftsakrobatik wird allerdings immer deutlicher: Es geht um Lohndumping.

Nachdem wir über das Sozial- und Lohndumping durch die Auslagerung der Verkehrsbetriebe schon mehrfach berichteten, geht es diesmal um die Zukunft der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe (WEB).

Die WEB sind zuständig für die Reinhaltung der Stadt - also Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Sondermüll, Bio-Müll und Kanalbetrieb. Seit einiger Zeit ist man dabei, diesen Betrieb "abzuzerstückeln" (siehe Gegenwind 153).

Als Erstes wurde die Straßenreinigung aus den WEB herausgetrennt. Die ist jetzt beim neuen städtischen Betrieb "Straße und Grün" angesiedelt - eine Maßnahme, über die es eigentlich nur Kopfschütteln gab.

Nun haben die Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe (Werksleiter Franz Neugebauer) zwei Töchter ins Leben geholt, die Abfallwirtschafts-GmbH (AWG) und die Wilhelmshavener Entsorgungs- und Logistik GmbH (WEL).

Die AWG (Geschäftsführer Franz Neugebauer) ist eine 51%ige Tochter der WEB, die restlichen 49% hat sich die GMA (Gesellschaft für Materialkreislauf und Abfallwirtschaft) gesichert. Bei der AWG sind der Containerdienst, die Sperrmüllabfuhr, der Gelbe Sack und die Gewerbemüllabfuhr angesiedelt - bis auf den Gelben Sack alles ehemalige Aufgaben der WEB.

Als 100%ige Tochter der WEB wurde mit Ratsbeschluss vom 24. März 2004 die Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (Geschäftsführer Franz Neugebauer) gegründet. Die WEL soll ab dem 1.6.2005 das neu gegründete Wilhelmshavener Entsorgungszentrum am Friesendamm betreiben. Dort wird der Müll gesammelt (von privat, Biomüll und Restmüll, momentan noch Aufgaben der WEB), verladen und zur Deponie nach Wiefels (GMA) verbracht, weiterverarbeitet - sortiert, wiederverwertet bzw. abgelagert. Überraschenderweise soll die WEL ab dem 1. März auch die Abfuhr des

Biomülls in Wilhelmshaven übernehmen. Inzwischen wird offen darüber gesprochen, dass die WEL über kurz oder lang den gesamten Restmüllbereich von den WEB übernehmen wird.

Als Grund für diese Auslagerung werden von Werksleiter Neugebauer und Dezernent Dr. Graul die hohe Urlaubsquote, die Ausfallzeiten durch Krankheit und die zu hohen Löhne der WEB-Mitarbeiter angegeben. Das teilte uns auf Anfrage der Vorsitzende des Fachbereichs Entsorgungswirtschaft der Gewerkschaft ver.di, Herr Detlef Schue mit.

Detlef Schue weiter zum Gegenwind: "Zunächst sollen 9 Arbeitsplätze bei den WEB gestrichen werden. Der Abbau geschieht durch Ruhestand, Auslauf von Zeitverträgen und durch Umsetzungen. Bei den WEB soll keiner mehr eingestellt werden."

Bei der WEL sollen neue Mitarbeiter für rund 8 Euro/Std. beschäftigt werden. Ein 8-Euro-Job - das liegt ungefähr auf dem Niveau eines Empfängers von Arbeitslosengeld II mit einem 1-Euro-Job. Die WEL ist zwar eine 100%ige Tochter der WEB - aber dort wird dann eben kein Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes mehr angewendet - da wird ein vollkommen anderes Tarifwesen aufgebaut werden."

Man lässt also die kommunale Abfallsammlung in Wilhelmshaven sterben, weil man auf den Trichter gekommen ist, dass man als 100%iges Tochterunternehmen gut Lohn- und Sozialdumping betreiben kann. Bei der hohen Arbeitslosigkeit und den neuen Zumutbarkeitsregelungen wird man wohl auch entsprechende Mitarbeiter bekommen.

Hier wird also ein funktionierender Bereich kaputtgemacht, um die Arbeiten unter schlechteren Bedingungen für die Beschäftigten in einem neuen Betrieb zu erledigen.

Nochmals Detlef Schue: *"Es gibt genügend Menschen, die gezwungen sind, für jedes Geld jede Tätigkeit anzunehmen. Im Bereich des Öffentlichen Dienstes gibt es einheitliche Tarifverträge - und die Beschäftigten verdienen angemessen. Das ist wohl einigen Leuten zu viel. Und der Geschäftsführer der WEL hat natürlich Interesse daran, möglichst viele Aufgaben in diesen neuen Betrieben zu bekommen - das geht nur auf Kosten eines anderen Betriebes - eben der WEB - zusätzliche Aufgaben gibt es nicht."*

Das ist zwar, so Schue weiter, politisch noch nicht entschieden, aber sowohl Oberbürgermeister Eberhard Menzel als auch die Dezernenten stehen wohl hinter diesem Konzept.

Wir fragten Detlef Schue nach der Stichhaltigkeit der Begründung für die Auslagerung der Arbeiten: *"Der hohe Krankenstand ist natürlich auch Ausdruck der Arbeitsbedingungen - es gibt z.B. kaum eine Möglichkeit, bei Ausfällen auszugleichen - das wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausge-*



Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

tragen - und durch diese Mehrbelastung erhöht sich zwangsläufig wieder der Krankenstand. Verfehlte Geschäftspolitik - wohin man auch schaut. Die Werksleitung hat nichts getan, um hier etwas zu ändern - und das wird jetzt als Argument für die Auslagerung der Arbeiten angeführt. Wie sehen denn die Arbeitsbedingungen aus? Bei Wind und Wetter - die Tonnen müssen teilweise aus Kellern herausgewuchtet werden - die Zuwegungen sind z.T. katastrophal, und das geht ja schon um 6 Uhr in der Frühe los - da ist es in den Wintermonaten noch stockdunkel. Die Kolonnen sind zeitweise auch unterbesetzt. Es gibt dadurch eben einen hohen Anteil an Arbeitsunfällen in diesem Bereich. Und das macht man den Mitarbeitern jetzt zum Vorwurf.

Zuviel Urlaub? Die Mitarbeiter der WEB bekommen nach dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes ihren Urlaub, haben als Müllwerker noch Zusatzurlaubstage, weil diese Tätigkeit ja sehr belastend ist. Und das wird es dann in der WEL nicht mehr geben. Das sind 'veraltete Verhältnisse', die angeblich nicht mehr in die moderne Arbeitswelt passen.

Bei der Gründung der AWG 1998 wurde vereinbart, dass der Tarifvertrag des Bundesverbandes der deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) angewendet wird - dieser Tarifvertrag ist zwischenzeitlich gekündigt worden - das deutet darauf hin, dass man auch hier massiv in die Vergütung der Mitarbeiter eingreifen will.

So etwas darf man in Wilhelmshaven nicht zulassen. So kann man keine Wirtschaft ankurbeln - alle jaulen über den Rückgang des privaten Konsums - und dann macht man solche Geschichten - wo sollen die Leute denn das Geld hernehmen?"

Die Arbeit der Entsorgungsbetriebe muss gemacht werden und man kann nicht, wie z.B. Torde, die Arbeit ins Ausland verlagern. Darum will man hier Verhältnisse schaffen, die denen der Billiglohnländer ähneln. □

KULTUR - KOMMUNIKATION

**HOTEL
KLING KLING**

**WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH**

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

**KLING KLING-eMail-News
Kurze eMail an KLINGKLINGINFO@AOL.COM**

“Es liegt in Ihrem Interesse”

Familie Dukelaj droht die baldige Abschiebung

(iz) Am 29.12.2004 erhält Semsija Dukelaj von der Stadt Wilhelmshaven ein Merkblatt: “Wichtige Information Ihrer Ausländerbehörde”. Mit der Aufforderung, es aufmerksam durchzulesen: “Ich möchte in Ihrem Interesse verhindern, dass Sie Nachteile erleiden, die bei richtiger Information vermeidbar wären.” Was ihr nachfolgend in trockenem Behördendeutsch vermittelt wird, steht in krassem Gegensatz zu der irreführenden Einleitung, die Behörde sei um ihr Wohl besorgt.

“Sie sind verpflichtet, aus der Bundesrepublik Deutschland auszureisen ... Der genaue Termin Ihrer Abschiebung steht zur Zeit noch nicht fest. Ich kündige Ihnen hiermit jedoch nach § 56 Abs. 6 Ausländergesetz an, dass die Abschiebung schon in nächster Zeit ohne erneute Androhung - auch zwangsweise - vollzogen werden kann.” Ihr wird die freiwillige Ausreise nahe gelegt, dafür gibt es sogar finanzielle Hilfen, anderenfalls müsse sie mit Zwangsmaßnahmen rechnen.

Man bittet sie um Verständnis für das Handeln der Behörde: “Bitte bedenken Sie: Die Ausländerbehörde muss Sie abschieben, wenn Sie Ihrer Ausreiseverpflichtung nicht nachkommen.” Ob Frau D. noch klar denken kann, wenn sie weiß, dass ihr Mann, der gleichfalls betroffen ist, nach der Rückkehr im “Heimatstaat” Montenegro möglicherweise sofort erschossen wird?

“Unter bestimmten Umständen muss sogar Abschiebungshaft angeordnet werden. Abschiebungshaft bedeutet: Aufenthalt in einem Gefängnis bis zum Tag der Abschiebung.” Was “Haft” bedeutet, weiß Familie Dukelaj aus eigener Erfahrung im “Heimatstaat”. “Wenn Sie einmal abgeschoben worden sind, dürfen Sie später nicht mehr in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und sich darin aufhalten. Dies gilt auch für Besuchsaufenthalte. Auch die Kosten einer Abschiebung müssen Sie selbst bezahlen.”

Die Zusammenfassung der Aufzählung unzumutbarer Härten entbehrt nicht eines gewissen Sarkasmus: “Es liegt also in Ihrem Interesse, dass es nicht zu Zwangsmaßnahmen kommt. Bitte nehmen Sie daher das Angebot, die Rückkehrfragen gemeinsam zu besprechen, in Anspruch. Auf diese Weise können Sie persönliche Nachteile vermeiden.”

Keine Wahl

Es liegt vor allem im Interesse der Familie Dukelaj, nicht nach Montenegro zurückkehren zu müssen, weil sie dort ganz erhebliche persönliche Nachteile erleiden werden. Ihre Wahlmöglichkeit liegt einzig darin, sich entweder auf Staatskosten oder aber auf eigene Kosten, mit vorausgehender Haft und auf Nimmerwiederkehr in eine unsichere Zukunft verfrachten zu lassen.

Ganz neu ist das alles für Semsija und Dzavid Dukelaj und ihre Familie nicht. Bereits im Januar 1991 werden sie abgeschoben, kehren aber wegen der Zustände in Jugoslawien wieder nach Deutschland zurück. Im Dezember des gleichen Jahres beantragen sie über ihren Wilhelmshavener Anwalt erneut Asyl. Nach deren Angaben ist David Dukelaj nach seiner Rückkehr nach Jugoslawien sofort als Reservist zur Armee eingezogen und in Slowenien eingesetzt worden. Er desertierte, wurde in seiner Wohnung in Titograd gestellt und ins Gefängnis gebracht,

aus dem er dann ausbrechen konnte. “Der Antragsteller, dessen Schicksal von seiner Ehefrau und den Kindern geteilt wird, hat bei einer Rückkehr nach Jugoslawien mit schärfsten Repressionsmaßnahmen zu rechnen. Als Deserteur aus der Armee muß er schärfste Strafen gewärtigen bzw. lebensgefährliche Einsätze ... Im übrigen darf mitgeteilt werden, daß die Familie Dukelaj von ... (einem deutschen Freund - red.) betreut wird, wodurch eine angemessene Integration in die deutschen Lebensverhältnisse gegeben ist.”

Der Krieg ist vorbei, die Bedrohung bleibt. Dem Asylantrag wurde nie stattgegeben, Familie D. wird seitdem nur geduldet. Am 21.12.2004 wird die Tochter Ferida nach Montenegro abgeschoben. Am 27.12. erteilen sie einem deutschen Freund die Vollmacht, die sie und ihre Kinder betreffenden Aufenthaltsangelegenheiten in ihrem Namen sofort einzusehen, was jenem zuvor aus Gründen des Datenschutzes verweigert wurde. Am gleichen Tag erbittet er bei der Ausländerbehörde per Einschreiben bis zum 8.1.2005 schriftliche Auskunft zu folgenden Punkten:

1. Warum wurde die Tochter abgeschoben und 2. wann wird sie zurückgeholt? 3. Welchen Aufenthaltsstatus besitzt die seit 16 Jahren in Deutschland ansässige Familie D. derzeit? 4. Ist deren Abschiebung beabsichtigt und 5. wenn ja, mit welcher Begründung?

Keine Gründe

Die Antwort kommt am 6.1.: “3. Die Eheleute Dukelaj besitzen keinen Aufenthaltstitel, sie werden geduldet. 4. Eine Abschiebung der Eheleute ist beabsichtigt, wenn deren Reisefähigkeit vom Amtsarzt überprüft worden ist. 5. Die Eheleute Dukelaj sind vollziehbar ausreisepflichtig und sind nicht freiwillig ausgereist.” Deutsche Bürokratie in Reinkultur: Sie müssen weg, weil sie weg müssen. Der Freund will aber wissen, weshalb man der Ansicht ist, die Betroffenen könnten gefahrlos nach Montenegro zurückkehren.

Die Fragen Ferida betreffend werden nicht beantwortet, weil sie “handlungsfähig im Sinne des Aufenthaltsgesetzes” sei und “Ihnen eine eigene Vollmacht erteilen” müsste. Das ist zynisch, denn nach ihrer Abschiebung ist eine Kontaktaufnahme unmöglich.

Am 10.1. bittet der Freund den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages per Einschreiben um Überprüfung der Angelegenheit. Darin führt er folgende Fakten an, die das Amt für Ausländerwesen in der Beurteilung ignoriert hat:

1. Dzavid Dukelaj muss als früherer Deserteur fürchten, bei Abschiebung in seine frühere Heimat Montenegro sofort erschossen zu werden.

2. Semsija Dukelaj leidet seit Jahren an Diabetes. Ihre medizinische Versorgung wäre in Montenegro in der bisherigen Form nicht aufrecht zu erhalten.

3. Nach Abschiebung der Ferida Dukelaj ist die Erteilung einer Vollmacht zur Akteneinsicht und damit die Klärung der Abschiebungsgründe nicht möglich. Zur Zeit befindet sie sich in Montenegro ständig auf der Flucht vor einem aggressiven Familienmitglied, das fortwährend ihr Leben bedroht. “Da diese Umstände der Ausländerbehörde und dem Verwaltungsgericht offenbar bekannt sind / waren, wurde die junge Frau zu Unrecht abgeschoben. Eine solche lebensbedrohliche Gefahr hätte unbedingt Anlass einer Prüfung von Abschiebehindernissen gem. § 53, Abs. 61 Ausländergesetz sein müssen. Überdies soll Ferida Dukelaj vor dem Abtransport aus der JVA Langenhagen ... offenbar mit sehr zweifelhaften Methoden behandelt worden sein.”

4. Der 82jährige Vater Shaban Dukelaj hat Mitte Dezember 2004 eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bekommen. “Wie können allen Ernstes dann dessen Kinder und Kindeskinde nach Ex-Jugoslawien abgeschoben werden? Sollte der alte Mann etwa ohne seine Kinder hier ganz allein bleiben, oder ist ebenfalls beabsichtigt, ihn abzuschicken? Wäre das etwa menschliche Behandlung? Beinhaltet und fördert das Ausländer- und Asylrecht etwa das behördliche Auseinanderreißen von Familien?”

5. Diverse die Familie D. entlastende Faktoren wurden nicht berücksichtigt. Ein ehemaliger Nachbar wäre zu entsprechenden Aussagen bereit, “eine behördliche Anhörung wäre insofern dringend erforderlich.”

Nach Einschätzung des Verfassers ist die beabsichtigte Abschiebung “ein katastrophaler Fehler, der eine Familie, die hier seit 16 Jahren lebt, ins Unglück stürzt.”

Freunde der Familie Dukelaj vermuten, dass ihre plötzliche Abschiebung nach jahrelanger Duldung etwas mit der derzeitigen Panik vor islamistischem Terror zu tun haben könnte: sicherheitshalber so viele Moslems wie möglich raus aus Deutschland.

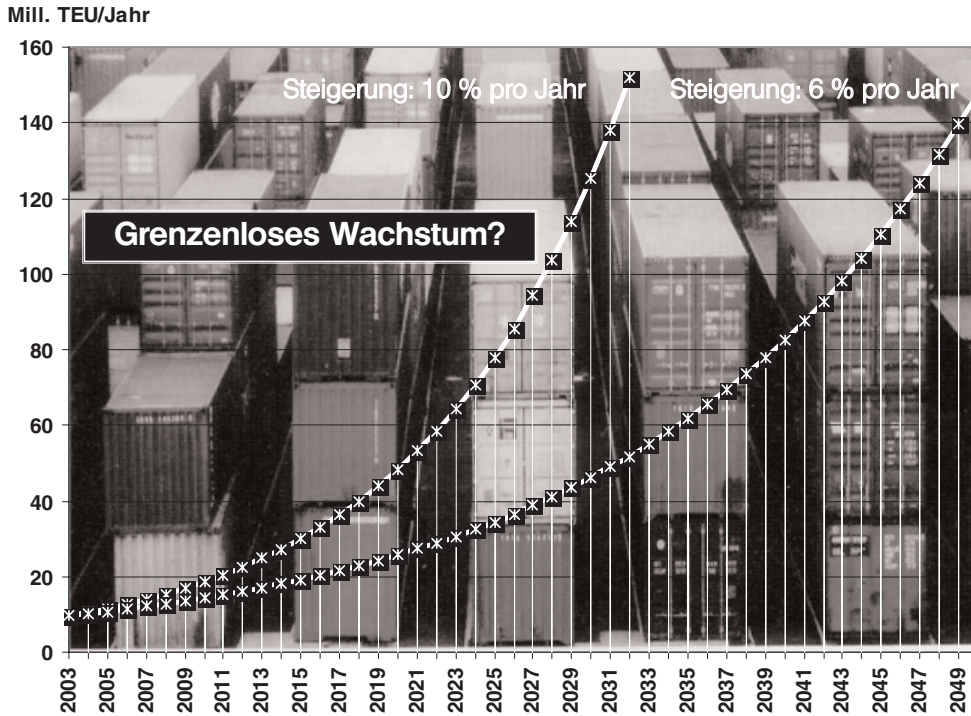
Ob die Anfrage an den Landtagspräsidenten aufschiebende Wirkung für die Abschiebung der Familie Dukelaj besitzt, ist offen. □

Oje! Schon wieder muss der Gegenwind sich entschuldigen. Diesmal beim CVJM Wilhelmshaven e.V., den wir in der letzten Ausgabe (vgl. “War’s das?”) reichlich voreilig zur gGmbH gemacht haben. Dabei stimmte das doch noch gar nicht - und vielleicht immer noch nicht - wie man uns mitteilte, ist nur klar, dass es diese Überlegungen zu einer Änderung der Rechtsform gibt. (noa)

Zulauf beschert Hartz IV seit seinem Inkraft-Treten auch der Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Das Treffen am 12. Januar zum Thema Gewerkschaften war gut besucht - “Die WASG wächst ständig”, sagte man uns dazu. Die nächste Versammlung, zu der nicht nur Mitglieder, sondern alle interessierten Mitmenschen eingeladen sind, findet ausnahmsweise nicht an einem Montag, sondern Mittwoch, 26. 01. um 19.30 Uhr im Kreuzelwerk statt.

Evelyn Gerdes von der IGM und der Torde-Betriebsratsvorsitzende Heiner Janssen werden zum Thema **“Probleme der Gewerkschaften in der globalisierten Welt”** sprechen.

Die WASG trifft sich regelmäßig am 2. und 4. Montag im Monat um 19.30 im Kreuzelwerk.



Lieblingskind Statistik

Wie mit Statistiken die Welt zerstört werden kann

(hk) "Die Lichter gehen aus, wenn wir nicht mindestens 30 Atomkraftwerke in Deutschland bauen" - "Die Erdölvorräte werden spätestens 2020 erschöpft sein" - "Alternative Energien können keinen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung leisten" - "Der Containerumschlag wächst jährlich um 10 bis 12%" - alles Aussagen von Politikern, die sich auf ihnen genehme Statistiken stützten.

Auch die Planung des JadeWeserPorts stützt sich auf solche Statistiken. Man geht von einer Steigerung des Containerumschlags von 6 bis 12% pro Jahr aus. Doch wie würde die Welt aussehen, wenn auch nur ein geringer Teil der Prognosen sich bewahrheitet? Unser Titelbild versucht, die Entwicklung zu veranschaulichen.

Im Schaubild sind die Umschlagentwick-

lungen in Deutschland für 6 und 10% jährliche Steigerung dargestellt.

Selbst die 6%-Annahme führt in kürzester Zeit zu unvorstellbaren Umschlagmengen. So würden z.B. die Container bei einer jährlichen Steigerung von nur 6% im Jahre 2015 (dann soll es ja mit dem JadeWeserPort so richtig funktionieren) aneinandergereiht fast 3 Mal den Äquator umrunden; bei einer jährlichen Steigerung von 12% würden sich schon 5 Container übereinander um den Äquator winden. Die im Jahre 2003 in Deutschland umgeschlagenen Container würden sich dagegen "nur" 1,5 Mal um den Globus aufstellen.

Das Schlimme an den ganzen Statistikberechnungen ist, dass sie nicht nur von den Wilhelmshavener Hafengebäuern als Begründung für ihre Planungen angeführt werden. Das machen die Leute in Bremerhaven,

Hamburg und Rotterdam, in Italien und in der Ukraine ja genauso. Und das führt dann zu den bekannten Folgen: Die Häfen können nur noch existieren, wenn sie ihre Leistungen zu Dumpingpreisen anbieten - da ist dann wieder der Staat gefordert, der die Häfen, deren Bau er ja schon aus einem großen Füllhorn finanziert hat, subventionieren muss.

Und es sind ja nicht nur die Häfen, die auf diese Art entstehen. Da werden neue Autobahnen gebaut, die Bahnstrecken müssen mehrgleisig und elektrifiziert sein, Kanäle werden durchs Land gestochen, Abermilliarden werden verbaut, Natur, Landschaft und der Mensch bleiben auf der Strecke - und alles nur, weil bestimmte Arten von Statistiken bei Politikern und Konzernen einen nicht unerheblichen Realitätsverlust hervorrufen. □



Anzeige

Seit 40 Monaten hat die WALLI einen Sitz im Rat der Stadt Wilhelmshaven. Nicht ohne positive Effekte für die BürgerInnen der Stadt Wilhelmshaven.

Die "falsche" Politik der SPD konnten wir natürlich nicht verhindern, aber doch in einigen Punkten beeinflussen. Wenn auch nicht dadurch, ein Abstimmungsergebnis zu kippen, doch aber durch die Informa-

tion der BürgerInnen im Vorfeld der Entscheidung.

Dass dabei die WZ nicht unbedingt als Informationszeitung für die BürgerInnen auftritt, ist sicherlich nicht gerade förderlich.

Wir werden unsere Arbeit auch in den nächsten 20 Monaten mit vollem Einsatz fortsetzen. Zum Wohle der BürgerInnen. Ob wir Ende 2006 immer noch im Rat vertreten sind, und ob wir die Bürgerinteres-

sen dann wieder gegen eine SPD-Mehrheit vertreten sollen, entscheiden die BürgerInnen.

Warum nun eine solche Meldung schon 20 Monate vor der Wahl ?

Weil wir Ihre Interessen nur mit den BürgerInnen zusammen vernünftig vertreten können.

Wir sind für Sie da! Bringen Sie sich auch ein?

Treffen der WALLI:

Jeden 1. u. 3. Montag im Monat um 20.00 Uhr in der Gaststätte "Am Kreuzelwerk" Freiligrathstr. 432, WHV

WALLI

Wilhelmshavener Alternative Liste
Tel./Fax: 04421 879249
Internet: walli-whv.de
E-Mail: Joachim-Tjaden@freenet.de

Spendenkonto:

Postbank Hannover
Konto Nr. 902894-309
BLZ: 250 100 30
Spendenquittung



TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **4,05 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,13 %**

Zins p.a.: **4,40 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,49 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage
Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144

VPV
VERSICHERUNGSGRUPPE